

rundschreiben
04/19



medico international

Welt in Aufbruch

Etwas radikal Anderes: Proteste in Haiti, Libanon, Chile
Angriff auf demokratisches Projekt: Nordsyrien/Rojava
In der Sackgasse: Migrationsabwehr in Niger und Mexiko

Titelbild: „Chile ist aufgewacht“ nennt die berühmte chilenische Schauspielerin Susana Hidalgo das Foto, das sie während der Demonstration von 1,2 Millionen Menschen in Santiago de Chile mit dem Handy aufnahm. Mit der Mapuche-Fahne über der Menschenmenge wurde es schnell zum ikonographischen Ausdruck einer Bewegung, die das koloniale wie neoliberale Chile überwinden will.
Foto: Susana Hidalgo

Fotos der Autor*innen: medico, Privat.

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 04/19

- 4 Editorial
- 6 **Etwas radikal Anderes**
Kommentar: Von Haiti bis Irak – der Souverän erhebt sich
- REVOLTEN DER WÜRDE**
- 12 **Nach dem Müllaufstand**
Der libanesische Protest und seine Vorgeschichte
- 15 **Im Dauerzustand**
In Haiti fordert der Protest das System heraus
- 18 **Ende eines kurdischen Neuanfangs**
In Rojava ist die befürchtete Katastrophe Realität geworden
- 23 **Chile ist erwacht**
Aufstand gegen den Neoliberalismus in der Demokratie
- 27 **Jesus, ein Sklavenarbeiter**
Politische Kunst für ein „Neues Evangelium“
- 28 **Projekte/Projektionen**
Indonesien, Sierra Leone, Südafrika
- GRENZREGIME GLOBAL**
- 32 **Vom Drehkreuz zur Sackgasse**
Abschottung in der Wüste. Eine Reise ins Zentrum Nigers
- 37 **Auf der Sklavenroute**
Für Migrierende aus Afrika wird Mexiko zur Falle
- 40 **Eine solide Definition wäre wichtig**
Interview zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus“
- 46 **Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs**
Essay über Solidarität in Gesellschaft
- 50 **medico aktiv**
Der utopische Raum, Tagung zu Rückkehr, Afrika neu denken
- 52 Bestellen & Verbreiten
- 54 Spenden & Stiften

Dieses rundschreiben handelt von
kleinen und großen Revolten im
Verlangen nach Würde

Liebe Leserinnen und Leser,

mag die Redaktion noch so säkular sein: Es gehört zu den unergründlichen Traditionen des medico-rundschreibens, dass die stets Anfang Dezember herauskommende vierte Ausgabe im Jahr intern als „Weihnachtsrundschreiben“ bezeichnet wird. Diesmal passt das insofern, als von der Ankunft des leibhaftigen Jesus Christus zu berichten ist. Er erschien vor wenigen Wochen in Matera im äußersten Süden Italiens, wo einst Pier Paolo Pasolini und Mel Gibson ihre Christusfilme gedreht haben und wo heute auf pestizidgesättigten Plantagen papierlose Arbeiter aus Afrika Tomaten und Oliven ernten. Er erschien als einer von ihnen, ein moderner Sklavenarbeiter, dessen Martyrium unsere Tische deckt und Bäuche füllt. Mit seiner Ankunft wurde ein Neues Evangelium verkündet, das ein Ende der Ausbeutung und Unterdrückung von seinesgleichen fordert. „Manifest der Revolte der Würde“ heißt die frohe Botschaft 2.0. Mehr über dieses, von dem Dramaturgen Milo Rau angestoßene und von medico unterstützte, politische Theater lesen Sie auf Seite 27. Mit ihm sind Ton und Thema dieses rundschreibens gesetzt: Es handelt von den kleinen und großen Aufständen im Verlangen nach Würde.

Da sind die vielen individuellen Revolten all derjenigen, die sich angesichts elender Gegenwarten und verwehrter Zukünfte auf den Weg machen, um anderswo eine Perspektive zu finden. Reportagen aus Niger und Mexiko erzählen davon, wie sie auf der Suche nach einem besseren

Leben im Diesseits in einem jede Zuversicht zermürbenden Jenseits gehalten werden: auf der anderen Seite von militarisierten Grenzen, die den Wohlstandszonen die Verdammten dieser Erde mit zunehmendem Sicherheitsabstand vom Leib halten sollen.

Und da sind die kollektiven Revolten, die aktuell vielerorts gleichzeitig auflodern, eine auf Straßen und Plätze getragene Wut, die selbst massive Repression nicht zu zügeln vermag. Jeder Aufruhr hat eigene Geschichten. Einigen davon gehen die Beiträge auf den folgenden Seiten nach. Wohin der entflammte Zorn führt, vermag heute niemand zu sagen. Was helfen könnte, damit sich aus den Aufständen beständige politische Bewegungen entwickeln, diskutieren der Leitartikel von Katja Maurer sowie der Beitrag des chilenischen Intellektuellen Carlos Pérez Soto. Indem er in seinem Appell für eine „zielgerichtete Allmählichkeit“ die Notwendigkeit auch transnationaler Veränderungen betont – Betreff: Freihandelsverträge, Finanzspekulation usw. –, verlängert er die lokalen Aufstände in eine globale Dimension und damit in die Verantwortung aller für eine andere Form der Globalität.

Dass und wie das rundsprechen über die Auseinandersetzungen von Libanon über Haiti bis Chile berichten kann, hat mit dem langjährigen Engagement von medico eben dort zu tun. Über den politischen Austausch mit unseren Partner*innen stehen wir in Beziehung zu denen, die inmitten von Unrecht an der Möglichkeit von Gerechtigkeit festhalten. In besonderem Maß gilt das aktuell für die Region Nordsyrien. Dort hat die türkische Invasion jene humanitäre und politische Katastrophe wahr werden lassen, vor der auch wir gewarnt hatten. Über 300.000 Menschen sind auf der Flucht, der wegweisende Aufbau eines pluralen, demokratisch organisierten Gemeinwesens ist erschüttert (siehe ab Seite 18). Das löst Bitterkeit aus. Die Helfer*innen des Kurdischen Roten Halbmonds, unsere Partnerorganisation vor Ort, aber machen trotz allem weiter. Um Leben zu retten. Um die Hoffnung aufrechtzuhalten. Auch das ist eine Revolte gegen die Umstände.

Der Beitrag, den medico hierzu leistet, basiert auf der Unterstützung vieler, auch in Form von Spenden und Fördermitgliedschaften. Nicht nur wegen der akuten Notsituation in Nordsyrien/Rojava sind wir auf Ihre weitere Solidarität angewiesen – auch und gerade im Zeichen aktueller und kommender Revolten.

Herzliche Grüße,

Christian Sälzer



**Christian Sälzer
ist seit vielen
Jahren Redakteur
des medico-rund-
schreibens.**



Etwas radikal Anderes

Chile, Haiti, Libanon, Irak ... Überall demonstrieren die Menschen und machen sich selbst zum Souverän

Von Katja Maurer

Eine nie dagewesene Welle des Protestes geht durch die Welt. Nach dem weltweiten millionenstarken Klimastreik begannen am 20. Oktober 2019 die Proteste in Haiti, die bis heute das ganze Land überziehen. Auslöser war eine Benzinknappheit. Seitdem brennen die Barrikaden. Am 25. Oktober durchbrachen Schülerinnen und Schüler alle Absperrungen und stürmten Metro-Stationen in Santiago de Chile wegen einer Tarifierhöhung. Sie lösten eine andauernde landesweite Volksbewegung aus. Im Libanon brachte die Einführung einer WhatsApp-Steuer zur gleichen Zeit Menschen aller religiösen Zugehörigkeiten auf die Straße. Ähnliches spielt sich derzeit im Irak ab, nicht zu vergessen die indigenen Proteste in Ecuador. Und nirgendwo ist ein Ende absehbar.

All diese Bewegungen haben eine eigene Geschichte, die mit dem Aufstand in Ägypten begann, sich seither über Sudan, Syrien, Algerien und viele andere Orte fortsetzt. Eine Geschichte, die Lehren für die Aktiven und Engagierten bereithält. Zum Beispiel, dass es nicht mit dem Sieg in einer Schlacht getan ist. Das ist die ägyptische Erfahrung, eine schmerzhaft Wunde: Dem Sturz Mubaraks folgte die Sisi-Diktatur, die weitaus schlimmer ist als die Vorgängerherrschaft. Damals verließen sich die Demonstrierenden noch auf die Repräsentant*innen der unterschiedlichen Parteien. Das tun sie heute nicht mehr.

Das selbstgemalte Plakat einer chilenischen Demonstrantin spricht heute für alle Aufstände: *mi mayor miedo es, que eso se para, y todo siga igual.* – „Meine größte Angst ist, dass das hier aufhört und alles gleich bleibt.“ Die sich über Wochen ziehenden Demonstrationen sprechen Bände darüber, dass allen bewusst ist, wie langwierig und persönlich riskant diese Auseinandersetzungen sein werden. Bei den monatelangen Demonstrationen der Gelbwesten in Frankreich gab es mindestens 82 schwerverletzte Demonstrierende. In Chile haben 180 Personen ihr Augenlicht durch Gummigeschosse verloren. In Haiti starben 40 Personen durch Polizei- oder Ganggewalt. Im Libanon griffen Hizbollah-Milizen die Demonstrierenden an, die vom libanesischen Militär geschützt wurden. Von den Auseinandersetzungen um den Hambacher Forst gibt es immer wieder Berichte über äußerst brutales Vorgehen der Polizei, etwa über einen Demonstranten, der mit schweren, von der Polizei zugefügten Kopfverletzungen, mit den Worten „er lebt ja noch“, liegen gelassen wurde.

Krise der repräsentativen Demokratie

Gemeinsam ist den Protesten weltweit das fundamentale Misstrauen gegenüber den vorliegenden Herrschaftsformen. In Chile handelt

es sich um einen Aufstand gegen die gesamte politische, demokratisch gewählte Klasse. In Haiti fordert ein Vertreter der mit der Diaspora aufs Engste vernetzten Aktivist*innen in einer Talk-Show auf Al Jazeera, dass nicht nur der Präsident, sondern das ganze Parlament abgesetzt und vor Gericht gestellt werden müsste. In Ecuador fanden die Verhandlungen von Präsident Moreno mit der indigenen Bewegung Conai vor laufender Kamera statt, bis ein Teilerfolg, die Rücknahme der Benzinpreiserhöhungen, durchgesetzt war. Geheime Aushandlungen, von Wirtschaftsanwälten in einer unverständlichen Sprache geschriebene Klauseln, ein undurchschaubarer Zwang der Verhältnisse, die keine Alternative zulassen, die Unterordnung des Gemeinwohls unter Wirtschaftsinteressen, die Privatisierung des Staates also, haben den Glauben an seine Institutionen und seine gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten an vielen Orten in der Welt zutiefst erschüttert. Deshalb der Wunsch nach voller Transparenz und die fundamentalen, wenn auch vagen Forderungen nach einem Systemwechsel, den auch sich links nennende Präsidenten wie der gerade zurückgetretene Evo Morales in Bolivien, nicht mehr repräsentieren.

Der chilenische Historiker Gabriel Salazar, ein angesehener Träger des Staatspreises für Geschichte, erläuterte dieser Tage auf CNN-Chile, was sich da aus seiner Sicht vollzieht: nichts anderes als eine „mentale Revolution“ der Bürger*innenschaft, die sich selbst verwalte und zum Souverän erkläre. Früher, so Salazar, hätten Massen Führer und Parteien gehabt. Sie seien zum Teil quasi militärisch organisiert gewesen. Heute hingegen gebe es eine Menge aus Individuen, Singularitäten, die jede Partei und deren Führer*innen, jede Avantgarde und deren Fahnen explizit ablehnen. Die Banner auf den Demonstrationen in Chile sind Mapuche-Fahnen, also Symbole aus einer vorkolonialen Ära. Neben der traditionellen

Nationalflagge zeigt sich immer häufiger eine schwarze Fahne, in der nur noch die Rechtecke der einstigen Flagge zu sehen sind. Auch der Patriotismus ist also neu zu schreiben. Und zu ihm gehören alle, die da sind. In Chile die Haitianer*innen, Venezolaner*innen und Peruaner*innen, im Libanon die Geflüchteten aus Palästina und Syrien. Das zumindest beginnt sich zu formieren. Der beliebteste Rap in Chile, gehört und verstanden von Alt und Jung, hat folgenden Refrain: „Hier sind wir alle, jeder auf seine Weise, auf den Blockaden, Schulter an Schulter, Anwälte, Professoren, Studenten, Vagabunden, Doktoren, Straßenverkäufer. Uno a Uno se hacen todxs – einer nach der anderen werden wir zu allen.“

Das ist alles sehr anregend. Selbst für Zuschauende vermittelt sich die Erfahrung der Selbstbemächtigung, die in diesen Widerstandszeichen liegt. Und doch gilt der Satz: Allmachtsphantasien sind die Kehrseite der Ohn-

Es gibt noch keine große Erzählung von dem antikapitalistischen Neuen außer dem Prinzip, dass die Würde des Menschen überall unantastbar sein muss.

macht. So deutlich die Bereitschaft überall ist, sich auf Veränderungen einzulassen, so unklar ist es, wie diese notwendigen Transformationen des ganzen Systems vonstattengehen sollen. Eine demoralisierte globale Elite, die auf ihren jährlichen Treffen in Davos ebenfalls von der Notwendigkeit grundlegender Änderungen redet, und eine globalisierungskritische Bewegung aus den 2000er Jahren, die Aufstän-

de des arabischen Frühlings und die heutigen globalen Revolten kommen an diesem Punkt zusammen: in ihrer Ratlosigkeit und in den fehlenden Formen der Institutionalisierung einer neuen Demokratie und Teilhabe. Das aber hat bislang immer zu einem fatalen und entmutigenden Sieg des Status quo geführt. Die arabischen Diktatoren Sisi und Assad sitzen auch deshalb (wieder) so sicher im Sattel, weil viele Angst vor der Unberechenbarkeit des Neuen hatten. Der Status quo, das muss die Lehre aus den Sisis, Bolsonaros, Trumps und Höckes sein, wird immer schlimmere Fratzen gebären, um sich zu erhalten.

Vielleicht ist die Zeit noch nicht reif, weil es keine große Erzählung von dem antikapitalistischen Neuen gibt außer dem Prinzip, dass die Würde des Menschen überall unantastbar sein muss. Es fehlt eine Idee von den Institutionen, in denen wagemutige Transformationsprozesse hin zu einer ökologisch und menschenrechtlich organisierten Welt in kleinen Schritten gedacht und umgesetzt werden. Vielleicht sollte man gerade auf die suprastaatlichen Formen schauen wie die Europäische Union und die UNO, die so wenig in die Idee von Transparenz und einer neuen Demokratie zu passen scheinen, bevor man sie glaubt verwerfen zu müssen. Da aber klar ist, dass heute tiefgreifende Transformationen zu einer dem Menschen und der Natur verpflichteten Wirtschaftsweise, einer auf Gemeinsinn gegründeten Gegengesellschaft nur global stattfinden kann, reicht es nicht auf die basisdemokratischen Cabildos zu setzen, die gerade in Chile überall die Selbstorganisation der Bürger*innenschaft institutionalisieren sollen.

Das Denken der Spur

Der spanische Dichter Antonio Machado schrieb einst „Wanderer, es gib keinen Weg.

Der Weg entsteht im Gehen.“ Dabei kann passieren, dass man sich blaue Flecken und Blessuren holt, wenn nicht Schlimmeres. Wie der deutsche Schriftsteller Franz Jung, der sich in seinem autobiografischen Roman „Der Weg nach unten“ als einen Torpedokäfer beschrieb, der immer aufs Neue kraftvoll Anlauf nahm, die Wand zu durchbrechen, an der er doch wieder abprallte. Er wusste damals, warum er sich riskierte. Die sozialistische Revolution war für ihn eine ausgemachte Sache, obwohl er allen Akteur*innen dieser großen Veränderung mit Spott und kritischer Distanz begegnete. Wofür man sich heute riskieren soll, ist nicht so klar. Wie kann das Neue die Vernunft, die Lehren aus der Geschichte, auch die totalitären Seiten aufbewahren und doch ein Pathos der Hoffnung entwickeln, das nicht nur von der Apokalypse gespeist ist? Es wird nicht mehr in zwei klare Worte zu fassen sein. Gewissheiten könnten die Totengräber des Neuen werden. Der karibische Philosoph Édouard Glissant schlug hingegen ein „Denken der Spur“ vor. Dies sei ein „nicht-systematisches, intuitives, brüchiges, ambivalentes Denken, das der außerordentlichen Komplexität und der außerordentlichen Vielfältigkeit der Welt, in der wir leben, am besten gerecht wird.“ Eine Herausforderung an unsere Neugier und unsere Lernbereitschaft. Es gibt wahrlich schlimmere Herausforderungen.



Katja Maurer ist Chefredakteurin des rundschreibens und hat im Oktober in Haiti den Beginn der bis heute andauernden Proteste selbst miterlebt.

Revolten d



Foto: Ahmadi Al-Rubayei / AFP

Anlaufpunkt der Demonstrierenden im Irak: Der Baghdader Tahrir-Platz.

er Würde

An aerial night photograph of a city square, likely Tahrir Square in Cairo, during a large public gathering. The square is filled with a dense crowd of people. In the background, a large building features a prominent 'SAMSUNG' sign. The sky is illuminated by numerous colorful fireworks exploding in various directions. The city lights and the glow from the fireworks create a vibrant, celebratory atmosphere.

Seit dem arabischen Frühling haben alle Bewegungen und Aufstände trotz ihrer Unterschiedlichkeit gemeinsame Forderungen. Zusammengefasst lauten sie: Brot, Würde und Freiheit. Es sind keine Hungeraufstände, sondern Kämpfe um Perspektiven auf ein menschenwürdiges Leben.

Nach dem Müllaufstand

Der libanesisische Protest und seine Vorgeschichte

Von Lokman Slim und Monika Borgmann

Um die gegenwärtigen Auseinandersetzungen im Libanon zu verstehen, lohnt es sich einen kurzen Blick auf die Entwicklungen zu werfen, die den seit dem 17. Oktober 2019 andauernden landesweiten Demonstrationen vorausgingen. Nur zur Erinnerung: Im Mai 2015, kurz nach dem Ende der Amtszeit von Michel Suleiman und dem Scheitern des libanesischen Parlaments einen neuen Präsidenten der Republik zu küren, erlebten die Straßen und Plätze Beirut schon einmal einen Protest ähnlicher Größenordnung, der als Müllaufstand in die Geschichte des Landes einging.

Die Schließung einer Mülldeponie führte damals zu einer landesweiten Müllabfuhrkrise, die die Menschen auf die Straßen und Plätze überall im Land brachten. Damals schon waren die Demonstrationen eine große öffentliche Abrechnung mit dem herrschenden Missmanagement, der Korruption und der Inkompetenz. Schon damals wurde zudem deutlich, dass das libanesisische System einer ausgeklügelten Machtteilung dringend verändert werden muss. Aber es gelang dem System seine Krise zu überleben.

Um den Müllaufstand zu neutralisieren wurden Dutzende Aktivistinnen und Aktivisten festgenommen und vor das Militärgericht gestellt. Parlamentssprecher Nabih Berri von der schiitischen Amal lud zu einem Nationalen Dialog,

bei dem sich führende Mitglieder verschiedener politischer Parteien und Politikberater*innen zusammenfanden. Das herrschende Establishment also. Trotz der großen Divergenzen unter den Anwesenden gelang es diesem außerinstitutionellen Dialog, sich der Solidarität untereinander zu versichern und sich gegenseitig zu bestätigen, wie eng die Interessen miteinander verwoben sind.

Wahlen als Scheinstabilität

Unter nicht unerheblichem Druck der „internationalen Gemeinschaft“, die darauf drängte um jeden Preis die Fassade eines stabilen Libanons aufrechtzuerhalten, wurden trotz eines fehlenden Präsidenten Kommunalwahlen abgehalten. Und das unter Bedingungen, da weder Staat noch Regierung funktionstüchtig waren und zudem eine Million syrischer Flüchtlinge und eine tief in den syrischen Konflikt verwickelte, pro-iranische Hisbollah die Lage noch erschwerten.

Seitdem brodelte und kochte die Unzufriedenheit und äußerte sich immer wieder in kleineren Protesten über schlechte Lebensbedingungen, Frauenrechte, Umweltbelange, die mangelnde Integrität der Justiz, die Rechte von Menschen mit Behinderung und andere Themen. Dieser facettenreiche gesellschaftli-

che Aktivismus erklärt, warum die Demonstrant*innen von 2019 so entwickelte Forderungen artikulieren können.

Weder die Kommunalwahlen von 2016 noch die Parlamentswahlen von 2018 konnten als eigentlich demokratische Mechanismen diesen Berg von Missständen angehen und die Sehnsucht nach Veränderung kanalisieren. Vielmehr zeigte sich die politische Klasse als absolut unfähig und inkompetent, die Grundfunktionen des Staates zu sichern und eine tragfähige Wirtschaftspolitik zu betreiben.

Ende der Nach-Bürgerkriegsordnung

Als die libanesische Regierung am 17. Oktober eine Steuer auf WhatsApp ankündigte, um die Einnahmen für den Haushalt 2020 zu erhöhen, löste sie einen massiven Volksaufstand aus. Seitdem überfluten Zehntausende Menschen aller sozialen Schichten, Bildungsniveaus und religiösen Hintergründe die Straßen und Plätze des Libanon, fordern einen Regierungswechsel und erklären den Status quo für nicht länger akzeptabel. Demonstrant*innen von Tripolis über Baalbek bis Tyrus verlangen von der korrupten, unfähigen und dysfunktionalen politischen Klasse den Rücktritt und ein Spezialist*innen-Kabinett, um die Nation vor einem finanziellen Ruin zu bewahren, der das ganze Land in den Abgrund stürzen würde. Darüber hinaus gibt es Forderungen nach der Rückgabe gestohlener öffentlicher Gelder und nach einem Ende der religiös und ethnisch geprägten Regierungsführung, die das Land nominell intakt gehalten hat, in Wirklichkeit aber nur die sozialen Spaltungen der Bürgerkriegszeit aufrecht erhält.

Die Art, wie der Müllaufstand 2015 endete, erklärt, warum die Revolution sich nicht einfach abspelen lässt und es schwer vorherzusehen ist, wie eine Lösung aussehen könnte. Dabei

spielt die Hisbollah eine entscheidende Rolle. Sie ist Irans Aktivposten und dessen Stellvertreter im Libanon. Die militärische Stärke der Hisbollah ist heute genauso stark wie 2015, aber sie hat an ihrem politischen Profil aus innerlibanesischen und regionalen Gründen Schaden genommen. Danach sah es nach 2015 zunächst nicht aus.

Nach der Müllkrise gelang es der Hisbollah die Regierungskrise zu überwinden und den von ihr unterstützten Kandidaten General Michel Aoun zum Präsidenten der Republik wählen zu lassen. Im November 2017 wiederum verhielt sich die Hisbollah sehr umsichtig bei dem letztlich gescheiterten saudischen Versuch, den damaligen Premierminister Saad Hariri zum Rücktritt zu bewegen. Die Hisbollah erlangte so den Ruf einer rationalen Akteurin, die

Die politische Klasse zeigt sich als absolut unfähig und inkompetent, die Grundfunktionen des Staates zu sichern und eine tragfähige Wirtschaftspolitik zu betreiben.

das Land davor bewahrt, in einen sunnitisch-schiitischen Konflikt zu geraten. Im Mai 2018 ging die Hisbollah sogar als eine Hauptsiegerin aus den Parlamentswahlen hervor.

Aber als Hassan Nasrallah, der Hisbollah-Chef, am 17. Oktober 2019 sich in aller Öffentlichkeit zum Machtgaranten des Establishments erklärte, der die Grenzen der Volksproteste definiert und dabei mehr mit der Peitsche als mit dem Zuckerbrot wedelte, trug er zu Eskalation

der Proteste bei. Damit ist die Rolle der Hisbollah als Bürge für Stabilität und Garant für das Establishment schwer beschädigt worden.

Wie beschreibt man die Ereignisse seit dem 17. Oktober? Die einen sagen, der Grund für den Aufstand sei wesentlich ökonomischer Natur. Der Weg aus der Krise läge in geeigneten Wirtschaftsmaßnahmen. Das ist eine Erzählung des Establishments, die auch die Hisbollah teilt.

Sie behauptet allerdings auch, hinter dem Volksaufstand stünden Drahtzieher*innen, die den (legitimen) Volkszorn instrumentalisierten. Mit dieser Erzählung einher geht die Drohung, dass die Krise nur mit Waffengewalt zu lösen sei. Eine komplexere Erzählung sieht in der Revolte eine Mischung aus wirtschaftlichen Gründen und einem Generationenwechsel. Eine neue libanesische Generation „entdeckt“ die res publica, will darin einen Platz einnehmen und beansprucht die Verwirklichung ihrer Ideale und Sehnsüchte.

Für viele war die große schiitische Teilnahme an den Protesten das Augenfälligste. Damit widerlegt wurde auch das tief verwurzelte Vorurteil, die Schiitengemeinschaft sei ein steinharter Block, folge religiös dem „Widerstands“-Glauben der Hisbollah oder akzeptiere fraglos die Möglichkeit, Teil des klientelistischen Netzwerks der Amal-Bewegung zu sein. In Bezug auf die „Revolution“ versuchen Nasrallah und andere Hisbollah-Sprachrohre immer wieder, zwischen einem guten und legitimen Aufstand einerseits und feindlichen Kräften andererseits zu unterscheiden. Die sogenannten feindlichen Kräfte werden mit Israel und den USA in Verbindung gebracht, die die „Widerstandsfähigkeit“ des Libanons untergraben wollten. Ob diese Argumentation verfährt, darf bezweifelt werden. Die Hisbollah ist seit 2005 Teil der libanesischen Regierung und trägt Verantwortung für das Versagen des Staates. Die

Korruptionsvorwürfe gegen die Amal von Nabih Berri und auch gegen die Hisbollah lassen sich auch nicht mit dem Verweis auf einen äußeren Feind aus der Welt räumen.

Bis jetzt hat die Hisbollah alles unternommen, um die Volksaufstände im Irak (die offen „Iran raus“ fordern) von dem, was im Libanon geschieht, zu unterscheiden. Auch ist die gelegentliche körperliche Gewalt im Libanon – sei es durch die Hisbollah/Amal oder durch die Sicherheitskräfte – nicht mit der Gewalt zu vergleichen, die in den Straßen von Bagdad oder Kerbala zu beobachten ist, wo es bereits Hunderte von Toten gab. Der Schachzug der Hisbollah, dem Protest im Libanon eine antiiranische Note abzusprechen, hat nun der iranische Religionsführer Khamenei selbst unterlaufen, indem er die Proteste im Libanon und im Irak auf eine Stufe stellte und als „satanische Verschwörungen“ denunzierte. Wie sich die Situation im Libanon weiter entwickeln wird, hängt also auch sehr stark von den regionalen Umständen ab.



Mit Monika Borgmann und Lokman Slim verbindet medico eine lange Geschichte der Zusammenarbeit. Beide nutzen den Raum der Kunst mit Ausstellungen und Filmen, um eine Erinnerungskultur mit zu entwickeln, die sich am Beispiel des libanesischen Bürgerkrieges und des syrischen Foltergefängnisses in Tadmor kritisch mit der Geschichte der Region auseinandersetzt.



Foto: Chandan Khanna / AFP

Von ihren Dächern aus beobachten Anwohner*innen eine Demonstration für den Rücktritt des haitianischen Präsidenten Jovenel Moïse.

Im Dauerzustand

Proteste und Barrikaden in Haiti legen seit zwei Monaten das öffentliche Leben lahm

Vor einem Jahr traf ich den chilenischen Botschafter in Haiti. Von der Mitte-Links-Regierung Bachelet eingesetzt, verkörperte er diesen sonnigen Optimismus ehemaliger von Pinochet vertriebener Oppositioneller, die nun

in Regierungsämtern das Gefühl haben, irgendwie für die Nichtanerkennung und Verfolgung in der Vergangenheit entschädigt worden zu sein. Wahrscheinlich reicht schon die Tatsache, dass wir von der medico-Partnerin Suzy

Castor, einer in ganz Lateinamerika bekannten Historikerin, geschickt wurden, um als Teil einer politischen Familie mit all ihren Zerwürfnissen zu gelten. Jedenfalls glaubte er mich zu kennen, weil er schon ahnte, dass auch ich eine politische Sozialisation habe, die von den chilenischen Ereignissen 1973 ff. geprägt ist. Ich kannte ihn nicht, wollte aber wissen, was mit den Haitianerinnen und Haitianern, die zu diesem Zeitpunkt nach Chile ausgewandert waren, passieren werde. 200.000 hatten bis 2018 die Visumsfreiheit zwischen Haiti und Chile zur Einwanderung in das südliche Andenland genutzt.

In der Botschaft war Überraschendes zu erfahren. Vor einem Jahr noch Boomland, war Chile sehr aufnahmebereit und unbürokratisch. Man habe Interesse, so der Botschafter, die Haitianer*innen möglichst schnell mit einem sicheren Aufenthaltsstatus zu versehen. Nötig seien dafür ein Pass und ein polizeiliches Führungszeugnis. Da letzteres von den haitianischen Behörden nicht schnell genug geliefert werden könne, habe man sich für die Zusammenarbeit mit Interpol entschieden. Auch Familiennachzug hatte Chile recht einfach geregelt. Nachweise über Spanischkenntnisse verlangten sie keine. Die Kinder der Einwander*innen würden dann schon Spanisch lernen, so der Botschafter.

Ein Jahr später sind die Grenzen zu Chile dicht. Man braucht für ein Besuchsvisum, Krankenversicherung und Rücklagen, wie weltweit in der Flüchtlingsabwehr üblich. Auch alle anderen Wege, der haitianischen Misere zu entkommen, verschließen sich. Die USA haben in Haiti ihre Konsularabteilung zur Erstellung von Visa geschlossen. Eine Katastrophe für Angehörige der Hunderttausenden in den USA lebenden Haitianer*innen. Die Grenzkontrollen zur dominikanischen Republik sind immer engmaschiger und gleichen sich europäischen und US-amerikanischen Normen der Biometrie an.

Dieses Grenzregime hat enorme Auswirkungen auf das Land selbst und auf die haitianischen Communities außerhalb Haitis. Denn bedroht ist das, was für die soziale Entwicklung Haitis bislang von großer Bedeutung war: die grenzübergreifende Infrastruktur und die Herausbildung eines grenzübergreifenden nationalen Selbstverständnisses. Wer zu einem guten haitianischen, kreolsprechenden Arzt will und es sich leisten kann, fliegt eben kurz nach Miami. Zwei Flugstunden entfernt gibt es eine haitianisch geprägte Infrastruktur. Auch Treffen der über den Kontinent verstreuten Verwandtschaft finden gern in der bunten Küstenstadt Floridas statt. Das ist natürlich eine Mittelschichtserzählung. Aber die Mittelschicht hat Haiti sukzessive verlassen und der gescheiterte Wiederaufbau nach dem Erdbeben von 2010 hat diesen Trend noch verstärkt. 70.000 flohen nach dem Erdbeben in die USA.

Der seit über einem Jahr andauernde Protest in Haiti, der sich seit Oktober 2019 in einen permanenten Aufstand verwandelt hat, hat einen Ausgangspunkt genau in diesem transnationalen Selbstverständnis. Begonnen haben die Demonstrationen und Proteste, nachdem die Ergebnisse mehrerer Untersuchungskommissionen des haitianischen Parlaments über den Petrocaribe-Skandal zu keinerlei politischen und juristischen Maßnahmen führten. Die offiziellen Untersuchungen stellten fest, dass zwei Milliarden Dollar der venezolanischen Hilfgelder entwendet wurden. Beschuldigt wird dabei auch der gegenwärtigen Präsident Jovenel Moïse, dessen Absetzung seither von fast allen haitianischen Parteien und Organisationen gefordert wird.

Die Petrocaribe-Gelder waren ein Langzeitkredit der venezolanischen Regierung unter anderem an Haiti. Öl wurde zu einem bewusst billigen Preis weitergegeben, mit der Erlaubnis, es auf dem Weltmarkt zu weitaus höheren Prei-

sen zu verkaufen, um aus dem Gewinn dringend nötige Sozialprogramme zu finanzieren. Die angekündigten Sozialprojekte wurden in Haiti nie verwirklicht. Eine Gruppe junger Leute aus der nordamerikanischen Diaspora richtete eine Webseite ein, auf der man den Ist-Zustand von angeblich mit dem Geld finanzierten Projekten posten konnte. Diese Idee gründete eine Jugendbewegung, die bis heute ein Pfeiler des Widerstands gegen die Regierung ist. Bis ins Detail konnten die jungen Leute im ganzen Land nachweisen, dass statt Projekten allenfalls Bauruinen entstanden sind. Bereichert

Der legitime Widerstand in Haiti trifft auf die sture Ignoranz der Herrschenden, die offenbar eine bürgerkriegsähnliche Entwicklung in Kauf nehmen.

hat sich eine haitianische Elite, die sich den Staat angeeignet hat, während die haitianische Bevölkerung auf dem Kredit aus Venezuela sitzen bleibt. Das hat in der gesamten haitianischen Community weltweit für enorme Empörung gesorgt.

Dieser transnationale Echoraum des Widerstands gegen eine korrupte Politik und gegen die Straflosigkeit vollzieht sich vorwiegend in den sozialen Netzwerken und den Medien des Südens. Während über den Aufstand in Haiti, seine Verzweiflung und seine Vielfalt – es demonstrieren junge Leute, aber auch Gesundheitsarbeiter*innen und die Kirchen mit ihren Gläubigen – fast niemand in den westlichen Medien berichtet, hat Al Jazeera längst das Thema entdeckt und mehrfach in großen transatlantischen Diskussionsrunden, geführt von

einer klugen Moderatorin mit Kopftuch und professioneller Maske, ergründet. Der Initiator der Petrocaribe-Bewegung forderte dort nichts weniger als den Rücktritt aller Politikerinnen und Politiker. Ein neues System müsse her, das die Würde der Haitianer*innen wieder herstelle. Eine Wortwahl, die man von anderen Aufständen derzeit kennt.

Der legitime Widerstand in Haiti trifft auf die sture Ignoranz der Herrschenden, die offenbar eine bürgerkriegsähnliche Entwicklung inkaufnehmen, anstatt den Weg zu einer politischen Lösung zu öffnen. Sie können sich dabei von der sogenannten internationalen Gemeinschaft in Form der Core-Group, der neben der UNO, Kanada, den USA und Frankreich auch Deutschland angehört, unterstützt fühlen. Die Core-Group setzt auf ein Weiter-So mit Präsident Moïse. Es scheint, als habe das nationale und internationale Establishment für Haiti, das mit seinem Befreiungskampf das Symbol für die Universalität der Menschenrechte ist, keinen anderen Plan, als es dem Vergessen anheim zu geben. Kein anderes Schicksal also als das der Haiti-Geflüchteten, deren Perspektiven von Chile bis in die Dominikanische Republik trostlos sind. Das aber ist unhaltbar. Der Aufstand geht also weiter.

Katja Maurer

Siehe auch die Blogs von Katja Maurer zu Haiti unter www.medico.de/haiti. Im Frühjahr erscheint das von ihr mit verfasste Buch „Haitianische Renaissance“ bei Brandes und Apsel.

Spenden für die Arbeit der medico-Partner, die sich u.a. für die Menschenrechte der Migrant*innen einsetzen.

Spendenstichwort: Haiti



In Hasakeh, der nächsten Stadt außerhalb des Kampfgebiets, kommen die Vertriebenen des türkischen Angriffs notdürftig in Schulen unter.

Ende eines kurdischen Neuanfangs

Die Invasion der Türkei in Rojava hat die vorerst letzte Chance auf eine demokratische Entwicklung in Teilen Syriens brutal zerschlagen

Von Anita Starosta

Eigentlich hätte hier ein anderer Text beginnen sollen: ein Text über die Entwicklungen, die die medico-Partnerorganisationen und die Selbstverwaltung in Nordsyrien allen Widrigkeiten zum

Trotz im Laufe der letzten Jahre auf den Weg gebracht haben. So hätte der Text von den Fortschritten beim Aufbau einer Basisgesundheitsversorgung für alle Menschen berichtet,

die in dieser multiethnischen Region ihr Zuhause haben oder Zuflucht fanden. Womöglich hätte der Text dies am Beispiel des Krankenhauses in Ra's al-'Ain (kurdisch: Serê Kaniyê) verdeutlicht. Das in Gefechten mit der al-Nusra Front ehemals schwer beschädigte Gebäude ist mit viel Mühe renoviert und ausgestattet worden. Noch vor Kurzem wurden Besucher*innen stolz die neuen OP-Räume und Krankenzimmer gezeigt. In der Gesundheitsakademie eine Etage darüber lernten junge Studierende das medizinische Handwerk. Man hätte in dem Text auch auf die Waisenhäuser in Derik und Kobane eingehen können, wo Sozialarbeiter*innen mit Kindern arbeiteten, die im Krieg ihre Eltern verloren haben, und zugewandt versucht wurde, trotz allem erlebten Grauen Zuversicht wachsen zu lassen. Sicher wäre der Text auch auf die Anstrengungen der kurdischen Selbstverwaltung und der lokalen Hilfsorganisationen eingegangen, einen Umgang mit den (internationalen) IS-Anhänger*innen zu finden, für die sie in Flüchtlingslagern und Gefängnissen Verantwortung übernehmen mussten, während sich der Rest der Welt eben dieser entzog.

Vieles wäre zu erzählen gewesen von dem Bemühen, ein freiheitliches und demokratisches Gemeinwesen zu bilden, von dem letzten gültigen Versuch, den Status quo zu überwinden und anstatt ein autoritäres und gewalttätiges Regime zu stützen eine demokratische Alternative aufzubauen, in der alle ethnischen und religiösen Minderheiten ihren Platz finden.

Komplett neue Vorzeichen

Doch die Realität hat diese Absicht überrollt wie Panzer die Grenze. Mit Beginn der türkischen Militäroffensive am 9. Oktober 2019 ist die politische und humanitäre Katastrophe wahr geworden, die die Menschen in Nordsyri-

en befürchtet haben und vor der auch medico immer wieder gewarnt hat. Krieg statt Rojava.

Das Krankenhaus in Ra's al-'Ain ist in die Hände von islamistischen Milizen gefallen, viele andere mühsam geschaffene Gesundheitseinrichtungen liegen in den Gebieten, die plötzlich von türkischen Söldnern besetzt sind, oder in dem 30 Kilometer tiefen Streifen, in dem nun russisches, syrisches und türkisches Militär patrouilliert. Die Ärzt*innen, Pfleger*innen und Studierenden aus Ra's al-'Ain und viele andere sind im Kriegsgebiet oder bei der Versorgung von Flüchtlingen im lebensgefährlichen Einsatz. Manche sind unter Raketenbeschuss gestorben oder wurden entführt und ermordet. Das Waisenhaus in Kobane wurde evakuiert. Vorläufig beendet ist die erzieherische Arbeit mit gefangenen IS-Angehörigen. Aktuell geht es nur darum, weitere Ausbrüche zu verhindern. Besonders in den Camps Ain Issa oder al-Hol ist die Situation angespannt, aus dem Lager in Ain Issa konnten nach einem türkischen Angriff Hunderte ausländische IS-Anhängerinnen mit ihren Kindern fliehen.

In dem, was dieser Text jetzt zu erzählen hat, geht es also nicht mehr um Perspektiven. Es geht ums Überleben. Dahin ist die relative Ruhe und Sicherheit in Nordsyrien. Bis heute gab und gibt es keine Waffenruhe, weder während der Verhandlungen zwischen Russland, dem Assad-Regime und der Türkei, noch jetzt, nach der Einigung auf die türkisch-russischen Patrouillen in der Pufferzone entlang der Grenze. Auch heute noch muss zum Beispiel das Krankenhaus in der Stadt Tel Tamer – der zentrale Ort für die Erstversorgung der Verletzten – immer wieder evakuiert werden, zu nah rücken islamistische Milizen, die unter Führung der Türkei operieren und das Gebiet zwischen Tall Abyad [Girê Sipî] und Ra's al-'Ain [Serê Kaniyê] besetzen. Auch das ist Teil des mit Russland und Assad geschlossenen Abkommens.

Und inmitten dieser politischen Katastrophe sind mindestens 300.000 Menschen auf der Flucht und müssen versorgt werden.

Von der Bergung von Kriegsverletzten über die Evakuierung ganzer Landstriche bis zur Verteilung lebenswichtiger Güter an Geflüchtete: Seit dem 9. Oktober sind die Nothelfer*innen der medico-Partnerorganisation Kurdischer Roter Halbmond im Dauereinsatz. Sie kümmert sich um acht reguläre Flüchtlingscamps in der Region und etliche informelle Ansiedlungen mit über hunderttausend Binnenvertriebenen aus Syrien und über zehntausend internationalen IS-Anhänger*innen samt Kindern. Zwar gewährleisten das UN-Flüchtlingshilfswerk und die Weltgesundheitsorganisation dort eine rudimentäre Basisversorgung, viele internationale Hilfsorganisationen aber haben sich aktuell zurückgezogen – zu groß die Angst vor den Folgen der Präsenz des syrischen Regimes, dem Wiedererstarken des IS und der näher rückenden Front. Auch in dieser Hinsicht werden die Helfer*innen vor Ort alleine gelassen. Die Versorgungslage ist schon jetzt mehr als prekär. Und nun bricht der Winter herein.

In einer ersten Hilfsmaßnahme hat medico mit Spendengeldern den Kurdischen Roten Halbmond beim Kauf von Medikamenten zur Behandlung chronischer Krankheiten von Geflüchteten unterstützt. Zudem wird der Betrieb der zwei zentralen Krankenhäuser in Tel Tamer und Hasakeh aufrechterhalten. Hierher sind die meisten Kriegsverletzten gebracht worden. Der Kurdische Rote Halbmond verfügt momentan über 54 Rettungswagen, für rund die Hälfte hat medico die laufenden Kosten übernommen, vom Treibstoff bis zur Reparatur. Vorangetrieben wird auch der Ausbau sanitärer Anlagen und des Abwassersystems in 39 Notunterkünften in der Stadt Hasakeh. Zehntausende Flüchtlinge kommen zurzeit in Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen

unter. Weil der Platz nicht reicht, werden jetzt Camps ausgebaut und neue errichtet. Aktuell wird das Flüchtlingslager Newroz mit Unterstützung von medico erweitert und ein Camp an der Straße von Tel Tamer nach Hasakeh errichtet – allein dieses soll 30.000 Familien Zuflucht bieten. In einem öffentlichen Appell hat sich der Kurdische Rote Halbmond an internationale NGOs mit der Bitte um Unterstützung für dieses Camp gewandt. Bisher sind sie dort alleine.

Die Beispiele zeigen, wie wichtig die fortlaufende, solidarische Unterstützung der lokalen Helfer*innen ist und wie groß auch der Hilfsbedarf in den nächsten Wochen sein wird. Sie zeigen aber auch, dass eigentlich geplante Projektwieder Aufbau eines Kinderkrankenhauses in Hasakeh vorläufig ausgesetzt sind. Akute Nothilfe ist, was gerade zählt.

Ob die Geflüchteten jemals wieder in ihre Heimatorte zurückkehren können, ist mehr als ungewiss. Ein Leben unter türkischer Besatzung, wie zwischen Russland, der syrischen Regierung und der Türkei für einen Teil der umstrittenen Region vereinbart wurde, ist vor allem für einen Großteil der kurdischen Bevölkerung keine Option. Hinzu kommen die Ankündigungen Erdogans, 1,2 Millionen in der Türkei gestrandete syrische Flüchtlinge in Nordsyrien ansiedeln zu wollen. Durch die Vertreibung und ethnische Säuberung der bis dato vorwiegend kurdischen Gegend schafft die Türkei Fakten. Ziel ist eine demographische Neuordnung der Region. Flüchtlinge gegen ihren Willen in völkerrechtswidrig besetzten Gebieten anzusiedeln, ist eine eklatante Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention. Hinzu kommt: Mit einer Ansiedlung von Syrer*innen, die in die Türkei geflohen waren, drohen auch viele wieder unter die Kontrolle des Regimes zu geraten, die sich diesem aus guten Gründen durch Flucht entzogen haben.

All diese Entwicklungen klingen auf unheimliche Weise vertraut. Aspekt für Aspekt wiederholt sich, was schon Anfang 2018 in der weiter westlich gelegenen Region Afrin geschah: eine völkerrechtswidrige, gegen die kurdische Selbstverwaltung gerichtete Invasion der Türkei auf syrisches Territorium; eine Flüchtlingswelle mit desaströsen humanitären Folgen; systematische Vertreibung und die Planung einer ethnischen Umsiedlungspolitik. In der Region siegt die Macht der Stärkeren. Alle Mechanismen einer internationalen Politik, die auf Völkerrecht beruht, versagen. Und ob Rüstungsverbote oder die Kündigung von Hermesbürgschaften – wirksame Maßnahmen gegen die türkische Aggression bleiben aus.

Antikurdische Kontinuität

Schon bei der Weigerung, die nordsyrische Selbstverwaltung zumindest von den deutschen IS-Kämpfern und -Angehörigen zu entlasten, scheute die Bundesregierung eine offizielle Kooperation mit den Kurd*innen. Ähnlich ist es bei der humanitären Hilfe. Obwohl der akute Bedarf vor Ort riesig ist und es mit dem Kurdischen Roten Halbmond einen ernstzunehmenden lokalen Akteur gibt, der in allen Bereichen der Nothilfe aktiv ist, schließt die Bundesregierung die direkte Zusammenarbeit ebenso aus wie eine über medico vermittelte Unterstützung. Stattdessen werden Hilfsgelder über große internationale NGOs eingesetzt. Diese leisten zwar wichtige Basisarbeit, aber sind oft nicht dort, wo Hilfe am dringendsten benötigt wird – etwa bei Notfalleinsätzen in der Kriegsregion oder der Begleitung von Flüchtlingskonvois. Anstatt einen Schritt auf die kurdische Selbstverwaltung zuzugehen und zumindest ihren humanitären Einsatz anzuerkennen, verfolgt die Bundesregierung die antikurdische Linie der Türkei weiter.

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff und der von außen bestimmten politischen Neuordnung stehen der Demokratisierungsprozess der letzten sechs Jahre und der Fortbestand des einzigen multiethnischen und multireligiösen Projekts in der Region auf dem Spiel. Was auch immer dies für die Menschen vor Ort bedeutet und welche Bitterkeit es erzeugt: Viele machen einfach weiter, weil der Augenblick es verlangt. In dem Sinne mag dieser Text anderes erzählen als geplant. Eines aber hat sich nicht verändert: Inmitten großer Not halten die medico-Partner*innen und unzählige andere Menschen in Nordsyrien an der Möglichkeit einer friedlichen und demokratischen Zukunft fest. Rojava statt Krieg – die Solidarität lebt.



Anita Starosta beschäftigt sich mit der Situation der Kurd*innen in der Türkei, dem Irak und Syrien, seit sie bei medico arbeitet. Rojava hat sie mehrfach bereist. Diesen Text hätte sie lieber nie geschrieben.

Was bleibt, ist die solidarische Hilfe. Spendengelder fließen derzeit vor allem in die akute Nothilfe, aber auch andere zum Teil längerfristige medico-Projekte in Rojava gehen unter den Bedingungen der Vertreibung weiter. Weitere Unterstützung ist dringend erforderlich.

Spendenstichwort: Rojava

Chile ist er- wacht



Täglich demonstrierenden Zigtausende gegen Präsident Piñera und die Auswirkungen des neoliberalen Modells.

Neoliberalismus und Demokratie – oder warum die Protestierenden etwas ganz anderes wollen

Von Carlos Pérez Soto

Die in der chilenischen Revolte am häufigsten zu hörenden Parolen lauten: „Chile ist erwacht!“ Und: „Es geht nicht um 30 Peso, es geht um 30 Jahre“. Worauf beziehen sie sich? 1989 war ein Jahr überschwänglicher Hoffnungen. Der Diktator war „gestürzt“, die Demokratie zurück, Chile würde sich ändern! Das jedenfalls wurde verkündet, mit großspuriger Rhetorik. Die Versprechungen trafen auf eine harte Realität, der riesigen Begeisterung folgte eine tiefe Enttäuschung. Die wachsende „Diskrepanz zwischen politischer Klasse und Bürger*innen“ mündete in Misstrauen und Kritik. In Umfragen lag das Ansehen öffentlicher Institutionen wie Parlament, Ministerien, Gerichtsorgane, Streitkräfte oder das Verfassungsgericht zeitweilig unter zwanzig Prozent. Schließlich wurde aus dem Misstrauen schlichte Wut, dann entfesselter Zorn: Chile war erwacht! Anders als 1989 ist das große Problem diesmal aber nicht eine Diktatur, sondern – auf dramatische Weise – die Demokratie.

Die Revolte richtet sich gegen die demokratischen Regierungen, die in den vergangenen dreißig Jahren am Ruder waren. Immer wieder war uns gesagt worden, dass die autoritären Teile der von Pinochet erlassenen Verfassung weitreichende Reformen verhindern würden. Als aber die erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten unter den „Mitte-Links“-Regierungen Lagos und Bachelet vorhanden waren, geschah nichts. Stattdessen verschärfte sich die

neoliberale Politik noch. Die Wut des erwachten Chile richtet sich also gegen ein neoliberales System, das unter Pinochet eingeführt und unter demokratischen Verhältnissen vertieft wurde. Sie richtet sich gegen eine neoliberale Demokratie. Die chilenische Revolte kann anderen Ländern und Gesellschaften als Lehre dienen, die sich noch wundern, warum ihre Lebensqualität immer schlechter wird, obwohl sie, wenigstens formell, demokratische Institutionen und demokratisch gewählte Repräsentant*innen haben. Hierzu aber muss man die Rolle des neoliberalen Staates verstehen.

Es ist ein Mythos, dass dieser als „schlanker Staat“ sein Gewicht an der Volkswirtschaft zugunsten des freien Marktes verringert. In Chile hat der Staat sich keineswegs zurückgezogen. Tatsächlich hat er seine Beteiligung an der Volkswirtschaft erhöht: indem er Zinsen reguliert, bei jeder Finanzkrise die Banken rettet und dem privaten Welthandel alle Art Garantien und Begünstigungen zuschanzt. Auch haben sich die Sozialausgaben für Bildung, Gesundheit, Verkehr oder Wohnungswesen keineswegs verringert, im Gegenteil, sie haben sich erhöht. Indem aber gleichzeitig konsequent neoliberale Verwaltungstechniken eingeführt wurden, ist diese Steigerung nicht der Daseinsvorsorge und damit den Bürgerinnen und Bürgern zugutegekommen. Stattdessen sind die öffentlichen Gelder einigen wenigen zugeflossen. Wie das?

Unter der Doktrin der Selbstfinanzierung wurden Krankenhäuser, Kinderheime oder staatliche Universitäten in öffentliche „Dienstleistungsunternehmen“ verwandelt und dazu gebracht, ihre finanziellen und verwaltungstechnischen Belange autonom zu managen. Unter dem Diktat eines eigenen Budgets, „verkaufen“ sie dem Staat Dienstleistungen und erhalten im Gegenzug „Zahlungen“. Obwohl sie öffentliche Dienste erbringen, stehen sie unter dem Druck, wie Unternehmen haushalten zu müssen. Wollen sie sich gegenüber dem Staat, dem sie gehören, nicht verschulden, sind ihre Verwaltungen gezwungen zu sparen, zu optimieren, zu rationalisieren. Wie groß der Druck ist, wird vom Staat reguliert. Der Clou dabei: In Chile hat er die von seinen eigenen Institutionen angebotenen Dienste gezielt zu Preisen „eingekauft“, die weit unter denen des Marktes liegen. So sind im Laufe der Jahre zum Beispiel öffentliche Krankenhäuser in eine Schuldenfalle gerutscht. Indem sie nicht mehr investieren konnten, verringerten sich Leistungsfähigkeit und Angebot.

Gleichzeitig hat sich der Staat per Gesetz verpflichtet, die Behandlung einer großen Zahl von Krankheiten für alle Chilenen zu garantieren. Wird einem Patienten eine Leistung vom öffentlichen Gesundheitswesen nicht erteilt, hat er einen Anspruch darauf, dass der Staat sie für ihn bei einer privaten Einrichtung erstet. Hiermit nimmt ein System Gestalt an, in dem der Staat sein (wachsendes) Gesundheitsbudget und üppige Subventionen in die Taschen privater Firmen umleitet. In Chile überträgt der Staat allein dem privaten Gesundheitssektor jährlich über 1,5 Milliarden US-Dollar. Die Profiteure bleiben unsichtbar. Wichtiger noch: Aus einstmaligen sozialen Rechten sind individuelle Ansprüche in Form von Zuschüssen geworden. Während Rechte nicht verhandelbar sind, können Zuschüsse gewährt, aber auch verweigert, erhöht, aber auch gesenkt werden.

Es sind eben keine echten Rechte mehr, für deren Gewährleistung der Staat zu sorgen hat. Entsprechend verstehen sich die Leistungsempfänger*innen nicht mehr als Bürgerinnen und Bürger mit Rechten, sondern als private Nutznießer – sofern sie nicht leer ausgehen.

Selbstverständlich stellen die „Mitte-Links“-Regierungen diese Politik, die sie erdacht und umgesetzt haben, als Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit dar und brüsten sich damit, die „Sozialausgaben“ erhöht zu haben. Ihnen ist es stets gelungen, die von ihnen verantwortete Verwandlung von staatlichen Leistungen in Waren mit progressiver sozialer Rhetorik zu verbrämen. Insofern verwundert es auch nicht, dass sich das sporadische Aufbegehren in aller Welt weit häufiger gegen rechte als gegen Mitte-Links-Regierungen wendet. Der einfache Grund: Während die Rechte tölpelhaft vorgeht, vermochten sie es meist, noch jede in die Welt gesetzte Gemeinheit als sozialen Fortschritt zu verkaufen. Genau das ist der Schlüssel zur gegenwärtigen Revolte in Chile: Die gesamte unter den Präsidentschaften von Frei, Lagos und Bachelet angestaute Wut entfesselt sich erst jetzt gegen den Konservativen Piñera und damit der Form halber gegen die Rechte.

Wie ist die Revolte einzuschätzen? Es ist eine Revolte ohne politische Führung, ohne klaren Forderungskatalog, ohne einen anderen Horizont, als den allgemeinen Zorn. Dieser aber ist weitreichend. Die Chilenen fordern heute nichts Bestimmtes, denn sie erkennen, dass sie schlicht und einfach alles einfordern müssen. „Es geht nicht um 30 Peso, es geht um 30 Jahre“ – zumindest auf der Ebene der Gefühle ist die Revolte radikal: das Gefühl, dass einige wenige Reformen oder ein paar Almosen nicht reichen werden; dass unsere Vertreter uns veraten und an private Profiteure verkauft haben; dass man uns nicht dieses oder jenes schul-

det, sondern ein ganzes Leben. Schließlich das dunkle Gefühl, dass nach all der Erleichterung und Begeisterung wahrscheinlich wieder nichts passiert.

Damit etwas wirklich anderes passiert, müssen wir die Stützpfeiler der neoliberalen Politik angehen. Da ist die breit angelegte Prekarisierung der Arbeitswelt, die nur die Konkurrenz um Einkommen und Arbeitsplätze forciert; da ist die „Lohnplünderung“, bei der ein immer größerer

Anders als 1989 ist das große Problem diesmal aber nicht eine Diktatur, sondern - auf dramatische Weise - die Demokratie.

Anteil der Löhne durch die Privatisierung grundlegender Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Verkehr, Wohnung, Energie oder Trinkwasser faktisch entwendet wird, und immer mehr Menschen in die Verschuldung treibt (in Chile gibt es mehr Schuldner als Staatsbürger); da ist die von nationalen und transnationalen Banken und Großunternehmen massiv betriebene Steuervermeidung; schließlich ist da die Steigerung des Raubbaus an Naturressourcen auf ein verheerendes Niveau. Diese in aller Welt etablierte Form der Plünderung ist einer näheren Betrachtung wert.

Im Chile Salvador Allendes betraf es die Kupfervorkommen, in Venezuela das Erdöl: In den 1970er Jahren machten diese Verstaatlichungen das transnationale Kapital in seinem Hunger nach Rohstoffen nervös. Daher suchte es nach anderen Wegen, sich auf legale Weise die Naturressourcen nutzbar zu machen - und es wurde fündig. Überall in der Welt geschieht

dies heute durch die Vergabe von Konzessionen auf neunzig oder mehr Jahre. Werden Konzessionen außer Kraft gesetzt, besteht ein Anrecht auf Entschädigung des gesamten entgangenen Profits für den Zeitraum der Konzession. Diese schier unglaubliche Garantie, die zum Beispiel in der in Chile gültigen Gesetzgebung zu Bergbaukonzessionen ausdrücklich enthalten ist, wird darüber hinaus von Freihandelsverträgen gestützt. In diesen Abkommen werden die Staaten verpflichtet, die für private Investitionen erlassenen „Spielregeln“ zu respektieren. Sollte ein Land es wagen, Konzessionen zurückzunehmen, würde es alle unterzeichneten Freihandelsverträge verletzen und sich Sanktionen durch die Welthandelsorganisation aussetzen, bis hin zum Boykott seiner Importe und Exporte.

Dieses System missachtet nicht nur die Souveränität der Länder und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es hat das Eigentumsrecht zur Nutzung von Gemeingütern grundlegend verändert und von der klassischen Rechtsfigur des Privateigentums gelöst. Transnationale Verpflichtungen schützen nicht mehr das Eigentum, sondern das Zugriffsrecht auf Güter. Diese für den neoliberalen Kapitalismus charakteristische Form der privaten Aneignung hat sich durchgesetzt: Als Chile 1989 Demokratie wurde, befanden sich über 80 Prozent des Kupferbergbaus in der Hand des chilenischen Staats. Heute werden 80 Prozent des Kupferbergbaus durch ausländischer Bergbauunternehmen betrieben.

Möglich wurden diese Entwicklungen dadurch, dass die Demokratie selbst eine besondere Form annahm. Peu à peu wurde die Verantwortung und Entscheidungsgewalt vom Parlament und der Legislative auf die Exekutive verlagert. Im Parlament werden nur noch vage formulierte Gesetze verabschiedet, die dann in den Ministerien von Beamten „technisch“ prä-

zisiert werden. Maßnahmen, die die Bürger unmittelbar betreffen, unterliegen nur noch scheinbar der parlamentarischen Kontrolle, faktisch werden sie auf der nachgeordneten Ebene durch Verordnungen konkretisiert und durchgesetzt. Selbst übergreifende politische Strategien werden von sogenannten „technischen Ausschüssen“ konzipiert. Diese bestehen mehrheitlich aus „Experten“, unter denen sich

Eine andere Welt wird nur dann möglich, wenn wir transnationale Forderungen erheben, die das internationale Bankenwesen und die Finanzspekulation herausfordern.

verlässlich Vertreter beteiligter Privatunternehmer befinden. Diese Verwaltung des Gesellschaftlichen hat mehr mit den bonapartistischen Diktaturen gemein als mit dem von der Bourgeoisie selbst vor über dreihundert Jahren erhobenen demokratischen Horizont.

Wir sind also mit einer eisern konsistenten Herrschaft konfrontiert, die in alle Lebensbereiche eingedrungen ist. Radikal herausgefordert werden kann sie nur von einer „großen Erzählung“, die an Gemein Sinn orientiert ist und die universellen Menschenrechte ins Zentrum rückt. Im nationalen Alleingang kann das nicht gelingen. Eine andere Welt wird nur dann möglich, wenn wir transnationale Forderungen erheben, die das internationale Bankenwesen und die Finanzspekulation herausfordern. Hierzu braucht es ein internationales Recht, das es Gesellschaften und Staaten erlaubt, sich von Verpflichtungen, die korrupte Regie-

rungen eingegangen sind, zu befreien. Jeder einzelne Freihandelsvertrag und ihre unendlichen, auf obskure Weise hinzugefügten Klauseln müssen infrage gestellt werden. Die neoliberalen Ausgabeverwaltung in den staatlichen Institutionen muss ebenso beendet werden wie das System von Konzessionen, mit denen die sozialen Grundrechte zu individuellen Konsumgütern degradiert wurden.

Es geht um eine radikale Entschlossenheit. Veränderungen müssen auf die Wurzel der Probleme abzielen. Das geht nicht von heute auf morgen. Wichtiger als Geschwindigkeit sind Konsistenz, Beharrlichkeit und Beständigkeit eines globalen politischen Projekts. Es ist nicht wahr, dass wir „alles sofort wollen“. Wir haben Jahrhunderte gewartet und wurden bereits viele Male ausgeplündert. Wir können unsere Radikalität mit einer zielgerichteten Allmählichkeit durchsetzen.

Übersetzung: Ralph Apel



Carlos Pérez Soto unterrichtet an verschiedenen Universitäten im Bereich Sozialwissenschaften. In seinen Buchveröffentlichungen beschäftigt er sich mit Wissenschaftsphilosophie und Erkenntnistheorie, Politischer Philosophie, Marxismus u.v.m.



Foto: medico
 Jesus (Yves Sagnet) und seine Jünger fordern ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung und die Wiederherstellung ihrer Würde.

JESUS, EIN SKLAVENARBEITER

Wissen und Glaube, Kunst und Politik

Der Dramaturg Milo Rau hat in der Geschichte politischer Kunst ein neues, vielversprechendes Kapitel aufgeschlagen. Dazu gehört, dass seine Schauspieler*innen meist Aktivist*innen der sozialen Kämpfe und Bewegungen sind, deren Anliegen gerade auf die Bühne gebracht werden. medico und medico-Partner*innen sind seit 2017 mit an Bord, seit der Dramaturg in Berlin eine „Generalversammlung des Globalen Dritten Standes“ abhielt, in der Aktivist*innen aus aller Welt nicht weniger als ein „Weltparlament“ gründeten. Mit seinem neuen Projekt bohrt sich Milo Rau noch tiefer in die Kluft zwischen dem Möglichen und dem Wirklichen ein. Seine „Revolte der Würde“ und ihr „Neues Evangelium“ lassen keinen Geringeren als Jesus Christus auf die Erde zurückkehren.

Dargestellt werden der Messias und seine Jünger von migrantischen Sklavenarbeitern, die unter unmenschlichen Bedingungen die Tomaten ernten, die wir in unseren Supermärkten kaufen. Am Anfang der Wiederkehr Christi stand im September 2019 seine Kreuzigung im italienischen Matera. Grablegung und Wiederauferstehung fanden im Oktober im Teatro Argentino in Rom statt: vor 800 begeisterten Zuschauer*innen, zu denen rund 200 Migrant*innen gehörten, die in der Hauptstadt des Imperiums in besetzten Häusern leben. Auch in Rom kam zur Aufführung, was wir alle längst wissen: dass unser Reichtum auf der Ausbeutung des globalen Südens beruht, in der der weltweite Kapitalismus zu Ende bringt, was der europäische Kolonialismus begonnen hat.

Milo Rau geht es dabei um die Wendung „was wir alle längst wissen“. Für ihn liegt der skandalöse Rückstand der Politik auf das zugleich Nötige und Mögliche nicht daran, dass wir nicht wüssten, wie es um die Welt bestellt ist. Im Gegenteil: Gerade dieses führt zur Resignation. Für Milo Rau heißt das, dass wir uns in Wahrheit nicht glauben, was wir doch wissen, und dass wir deshalb auch nicht tun, was wir längst tun müssten. Deshalb das „Neue Evangelium“, dem jetzt wie schon vor 2.000 Jahren das lange Werk der Mission folgt. Zu ihr gehörte eine erste Konferenz in Sizilien, auf der sich Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando zum „Neuen Evangelium“ bekannte. Zu ihr gehört aber auch ein Film, der im nächsten Jahr in die Kinos kommt, und politische Aktionen, die ihn begleiten und auf ihn folgen werden.

Thomas Rudhof-Seibert

Projekte Projektionen

Seeretter

Indonesien: Dörfer leisten Widerstand gegen Staudamm

Bereits Stunden nach dem verheerenden Erdbeben auf Sulawesi vor einem Jahr organisierten die medico-Partner*innen vom Institut Mosintuwu öffentliche Küchen für jene, die ihre Häuser und nicht selten auch Angehörige verloren hatten. Die Küchen wurden zu Orten, das Erlebte gemeinsam zu verarbeiten. Hier entstand der Wunsch, die natürliche Umgebung besser zu verstehen, um Gefahren abschätzen zu können. Modellhaft begannen zwei Dörfer mit Unterstützung des Instituts, Pläne zu erarbeiten, um ihr Leben in der Region sicher und gerecht zu gestalten. Mit Expert*innen aus Soziologie, Archäologie, Geologie und Anthropologie startete außerdem die „Poso Expedition“ zur Untersuchung der Gegend rund um den Poso-See. Und tatsächlich, eine aktive Erdbebenbruchlinie verläuft quer durch den See. Jetzt organisieren sie als „Schützer*innen des Sees“ den Widerstand gegen einen Staudamm, der genau dort errichtet werden soll.



Die Poso Expedition erforschte die Gegend nach natürlichen Gefahren und stieß auf eine Erdbebenbruchlinie.

Spendenstichwort: Indonesien

Visionärer Mut

Sierra Leone: medico-Partner*innen verklagen Diamantenkonzern

„Wir sind vor dem Bürgerkrieg durch schlechte Zeiten gegangen, haben die schlimmsten Zeiten während des Krieges überlebt und sind heute in nicht so guten Zeiten angelangt. Die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und dennoch nie aufzuhören, von den Dingen zu träumen, die noch nicht sind, war unsere politische Überlebensstrategie.“ So beschreibt Abu Brima die nun 25-jährige Geschichte des Network Movement for Justice and Development [NMJD], das sich in Sierra Leone für Ressourcengerechtigkeit und Demokratie einsetzt. Der „Hunger nach Gerechtigkeit“ befähigt die Aktivist*innen nicht nur zum Weitermachen, sondern zu visionären Plänen: Jüngst hat NMJD eine Strategieplanung für die nächsten 25 (!) Jahre vorgelegt. Ein erster so konkreter wie mutiger Schritt ins nächste Vierteljahrhundert ist bereits getan: Nach Jahren des Protestes auf der Straße hat NMJD Klage gegen den Diamantenkonzern Octea eingereicht. Es geht um willkürliche Vertreibungen und weitere Menschenrechtsverletzungen infolge des Diamantenabbaus. Abu Brima: „Ein solcher Kampf erfordert strategisches Denken, Planung und Engagement. Nur so lässt sich sicherstellen, dass der Öffentlichkeit Menschenrechtsverletzungen bewusst werden und Betroffene mit Vertrauen organisiert und mobilisiert werden können. Es braucht Netzwerke der Zivilgesellschaft wie auch internationale Partner*innen, die bereit sind, den Kampf zu unterstützen.“ medico wird dies weiterhin tun.

Spendenstichwort: Sierra Leone



Solidarität mit den Angegriffenen: Eine Demonstration in Südafrika.

Solidarische Räume

Südafrika: Der Spirale xenophober Ausgrenzung entkommen

Wenn Meldungen aus Südafrika von Ausschreitungen gegen Einwander*innen um die Welt gehen, wird nur die Spitze des Eisberges sichtbar: Längst durchdringt Xenophobie die Gesellschaft quer durch alle Schichten. Ausgrenzung von Migrant*innen aus Schulen, Krankenhäusern oder Verkehrsmitteln wird von Politik, Verwaltung und Polizei nicht nur geduldet, sondern häufig sogar gefördert – lenkt die Fokussierung auf „die Fremden“ doch von den wahren Ursachen der katastrophalen Versorgungslage und der anhaltenden Armut im Land ab. In der psychosozialen Unterstützungsarbeit für extrem marginalisierte Familien – einheimische und migrierte – ist die medico-Partnerorganisation Sophiatown Community Psychological Service [SCPS] unmittelbar mit der zerstörerischen Spirale rassistischer Ausgrenzung konfrontiert. Angesichts dessen leitet SCPS jetzt nicht nur gezielt Nothilfe für Opfer xenophober Gewalt. Die Organisation setzt zugleich auf die Schaffung solidarischer Netzwerke und Räume für Frauen jedweder Herkunft, in denen Gemeinsamkeiten sicht- und spürbar werden können.

Spendenstichwort: Südafrika

Grenzregim



Bislang waren überall aus dem Boden gestampfte Malls und Bankenpaläste die Symbole der Globalisierung. Ein Konsumversprechen für alle. Nun aber stehen Zonen der Privilegien gegen Zonen der Armut, an den Rändern entstehen statt Luxusgebäuden Enklaven der Geflüchteten, aus denen es kein Entrinnen mehr gibt. Niger und Mexiko – zwei Beispiele von vielen.

e global



Mit der militärischen Besetzung Südmexikos versucht Präsident López Obrador die Menschen auf ihrem Weg nach Norden zu stoppen.

Vom Drehkreuz zur Sackgasse

In Agadez versucht die EU Migration mit allen Mitteln zu unterbinden. Eine Reise ins Zentrum Nigers

Von Ramona Lenz

Schnurgerade von Schlaglöchern durchsetzte Sandstraßen führen durch die Wüstenstadt Agadez. Gesäumt werden sie von Lehmmauern, die die Höfe der Wohnhäuser umschließen. Vor einer solchen Mauer lassen uns unsere Partner von der nigrischen Journalist*innenvereinigung Alternative Espaces Citoyens (AEC) aussteigen. Es ist bereits dunkel, die Straßen sind verwaist. Eine Tür in der Lehmmauer öffnet sich und wir schieben uns hindurch. Unter freiem Himmel setzen wir uns um das spärliche Licht eines Smartphones herum auf den Boden.

Der 29-jährige Lamin Mboge* aus Gambia ergreift das Wort: „Wir wollen in Europa arbeiten, um unsere Familien zu Hause zu unterstützen. Da wir nicht einfach in ein Flugzeug steigen können, müssen wir es auf diese Weise versuchen“, erklärt er und blickt schulterzuckend um sich. Zurzeit leben fünf Migranten in diesem Getto. So werden hier die Unterkünfte genannt, in denen Migrant*innen möglichst geräuschlos und unsichtbar auf Gelegenheiten warten. Obwohl Gettos für illegal erklärt wurden, ist dieses nicht das einzige in der Stadt.

In Gambia war Mboge mehr als zehn Jahre lang als Tourist*innenführer tätig, doch: „Die Leute

haben immer öfter ‚all inclusive‘ gebucht. So konnte ich als Guide kein Geld mehr verdienen.“ Gemeinsam mit rund 50 anderen machte er sich daher auf den Weg. Von den meisten hat sich die Spur verloren, aber Mboge weiß von zweien, die inzwischen in Europa sind. „Einer hat es kürzlich nach Malta geschafft und ist sehr glücklich.“

Sie kennen die Gefahren

Solche Geschichten machen den jungen Männern Hoffnung. Dabei wissen sie sehr genau, dass man mit der Ankunft in Malta noch lange nicht am Ziel seiner Träume ist. „Ständig kommen Leute und wollen uns sensibilisieren“, sagt Mboge und erklärt, dass zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in Agadez über die Gefahren der Migration und die schwierige Situation in Europa aufklären. Auch die den Vereinten Nationen angegliederte Internationale Organisation für Migration (IOM), die in Agadez ein großes Transitzentrum betreibt und so genannte „freiwillige“ Rückkehr fördert, hat sie schon mehrfach angesprochen. „Sie bringen Bücher, Flyer und Videos. Aber wir wissen selbst, wie gefährlich das alles ist und dass es in Europa nicht einfach ist. Und ja, wir haben

Angst. Aber was sollen wir denn tun? Lasst es uns doch einfach versuchen. Noch habe ich Kraft. Wenn ich gar keine Möglichkeit mehr sehe, kann ich mich immer noch zu einer Rückkehr entschließen.“

Seit Monaten wartet Mboge auf eine Gelegenheit, seine Reise Richtung Norden fortzusetzen. Doch er hat kein Geld mehr, um sie zu finanzieren. „Auf dem Weg von Gambia nach Niger bin ich durch Senegal, Mali und Burkina Faso gereist. Dabei habe ich 25 bis 30 Checkpoints passiert. Jedes Mal musste ich zahlen.“ Zum Glück sei der Besitzer der Unterkunft nachsichtig, wenn die Miete mal zu spät komme, und eine Nachbarin versorge sie gelegentlich mit Strom und Wasser. Wie er Geld für die Weiterreise aufzutreiben will? Mboge weiß es nicht.

Lange Zeit galt Agadez als eines der letzten Nadelöhere für subsaharische Migrant*innen Richtung Nordafrika und Europa. Die Einwohner*innen der Stadt, auch viele Zugezogene, lebten über Jahrhunderte hinweg von Dienstleistungen für Menschen auf der Durchreise: Händler*innen, Tourist*innen und zuletzt eben Migrant*innen. Doch die Funktion eines Drehkreuzes hat die Stadt weitgehend eingebüßt. Der Tourismus ist schon vor vielen Jahren eingebrochen, nachdem Ausländer*innen entführt worden waren und die Terrorgefahr anstieg. Vor einigen Jahren wurde dann auf Druck der EU begonnen, die Migration Richtung Norden zu unterbinden. Ibrahim Manzo Diallo von AEC, der in Agadez eine Radiostation und eine Zeitung betreibt, erklärt: „Agadez wird immer mehr zu einer Enklave, auch für die Einwohner*innen.“ Ressentiments gegen Migrant*innen nehmen zu.

Dass Menschen wie Mboge mittellos in Agadez festsitzen, ist eine unmittelbare Folge der EU-Politik, die alles daransetzt, „illegale“ Migration nach Europa schon auf dem afrikani-

schen Kontinent zu unterbinden. In sämtlichen Ländern der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft – darunter alle, die Mboge von Gambia bis Niger passiert hat – gilt eigentlich das Recht auf Freizügigkeit, und das schon deutlich länger als es das Schengener Abkommen gibt. Doch die EU sorgte mit ihren Einflussmöglichkeiten dafür, dass Grenzkontrollen zwischen den Staaten Westafrikas eingeführt wurden, angeblich um Terror, Schmuggel und „illegale“ Migration zu bekämpfen. Das verschaffte den Ordnungskräften Gelegenheit für Zusatzeinnahmen durch das Eintreiben diverser Gebühren entlang der Routen.

Von heute auf morgen kriminell

2015 erließ die nigrische Regierung auf Druck der EU ein Gesetz, das bis zu 30 Jahre Haft für Menschenschmuggel vorsieht. Betroffen davon sind vor allem die sogenannten Passeure, die die Reise der Migrant*innen ab Agadez in Richtung Norden organisieren, aber auch Menschen, die Migrant*innen während ihres Aufenthaltes Unterkunft gewähren. Tätigkeiten, denen viele Einwohner*innen von Agadez zuvor vollkommen legal und steuerpflichtig nachgehen konnten. „Es wurde eine Grenze mitten durchs Land gezogen“, erklärt Diallo. „Wer nun einen Migranten bis in die Nähe von Agadez transportiert, tut das legal. Sobald man aber mit ihm weiterfährt Richtung Norden, wird man zum Kriminellen.“

In Kraft trat das Gesetz erst Ende 2016, was viele mit dem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin im Oktober 2016 in Verbindung bringen. Merkel hatte dem Land damals umfassende Hilfe beim Kampf gegen „illegale Migration“ versprochen sowie die Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für alle, die zu diesem Zeitpunkt von der Migrationsökonomie lebten. Zwar war die nigrische Armee auch

vorher schon entlang der wenigen Wasserstellen auf den Migrationsrouten Richtung Norden präsent, doch erst Ende 2016 begannen die Ordnungskräfte mit Kontrollen und Inhaftierungen.

Ein ehemaliger Passeur erklärt uns, dass nach wie vor Migrant*innen über Agadez nach Norden transportiert werden. Geändert habe sich die Vorgehensweise. So beherbergen die Passeure die Migrant*innen jetzt nicht mehr in der Stadt, sondern sammeln sie einige Kilometer außerhalb. Um Kontrollen zu umgehen, weichen sie auf Routen jenseits der Wasserstellen aus. Dadurch wird die Reise für die Migrant*innen erheblich teurer und gefährlicher. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sterben

inzwischen mehr als doppelt so viele Menschen bei der Durchquerung der Sahara als auf dem Mittelmeer. Die Dunkelziffer ist hoch.

Einige Passeure haben infolge der Kriminalisierung ihre Tätigkeit eingestellt. Mit der versprochenen Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten ist es jedoch nicht weit her, erzählt Mohamed Anacko, Präsident des Regionalrates von Agadez. Nur ein sehr geringer Prozentsatz sei erfolgreich. Anacko war an den Tuareg-Rebellionen der 1990er Jahre beteiligt und leitete später die Behörde zur Festigung des Friedens (HACP). In dieser Funktion sah er in der Personenbeförderung eine Reintegrationschance für ehemalige Rebellen und sorgte dafür, dass sie ihre Waffen niederlegten



Blick aus der Großen Moschee von Agadez: Hinter den Lehm-mauern der Wüstenstadt verstecken sich illegalisierte Migrant*innen und warten auf Gelegenheiten zur Weiterreise.

und sich einer gewaltfreien und bis vor kurzem legalen Einkommensmöglichkeit zuwandten. Ihnen diese Einkommensmöglichkeit wieder zu nehmen, birgt Gefahren, die von EU und nigrischer Regierung entweder ignoriert oder unterschätzt werden.

Besser zurück?

In der verzweiferten Lage, in der sich viele Migrant*innen befinden, bietet die Internationale Organisation für Migration (IOM) Unterstützung bei der sogenannten „freiwilligen“ Rückkehr an. Zu den zentralen Aufgaben der IOM gehört darüber hinaus die statistische Erfassung der Migrationsbewegungen, was sie in Niger seit 2016 an inzwischen sieben Punkten in Gegenden mit „hoher Mobilität“ durchführt. Dabei kooperiert sie eng mit dem Militär. Aus den Zahlen der IOM geht hervor, dass der größte Teil der erfassten Menschen innerhalb des Landes flieht oder migriert. Viele kehren darüber hinaus gegen ihren Willen oder aus Not aus Libyen oder Algerien zurück.

Der neue Leiter der IOM Agadez, Oscar Safari, berichtet, dass die IOM in Kooperation mit dem Militär verstärkt Drohnen einsetzen wolle, um die Migrationsbewegungen in der Region Agadez besser kontrollieren zu können. Safari hat zuvor das IOM Büro in Gao geleitet, einer Stadt im Norden Malis, wie Agadez lange Zeit ein Drehkreuz der Migration. Die Route über Gao sei inzwischen jedoch deutlich weniger frequentiert. Es drängt sich der Eindruck auf, dass dies auch das Ziel der IOM in Niger ist. Erst bei der Schließung der Routen mitwirken, dann verzweiferten Menschen bei der Rückkehr helfen wollen – eine Vorgehensweise, die Pater Mauro Armanino von der Migrant*innenseelsorge in der nigrischen Hauptstadt Niamey so kommentiert: „Erst ohrfeigen sie die Migrant*innen und dann wollen sie sie trösten.“

Ahmed Bougherra* aus Assamaka, einem Dorf an der algerischen Grenze, zwei Tagesreisen von Agadez entfernt, berichtet, dass die Dorfbewohner*innen im Schnitt zwei Mal pro Woche von Deportationen aus Algerien erfahren. „Die Algerier nehmen den Menschen oft alles ab und setzen sie im Niemandsland zwischen Algerien und Niger aus, wo es keinen Baum und keinen Strauch gibt, der Schatten spendet.“ Bis nach Assamaka sind es gut fünfzehn Kilometer, eine enorme Distanz, wenn man geschwächt zu Fuß in der Wüste unterwegs ist. Viele überleben den Weg nicht. Bougherra und andere Dorfbewohner*innen holen die Migrant*innen in der Wüste ab und versorgen sie mit Wasser, so sie selbst genug davon haben. Gemeinsam mit Aktivist*innen aus Afrika und Europa setzt er sich für den Aufbau einer länderübergreifenden Monitoring- und Rettungsstruktur in der Sahara ein, die anders als die Maßnahmen der IOM die Rettung, nicht aber die Kontrolle und Rückführung der Menschen zum Ziel hat.

Für die Rechte der Migrant*innen

Auf Einladung von AEC kommen um die hundert Migrant*innen – fast ausschließlich junge Männer, zum Teil noch sehr jung – zu einer Konferenz in einem Kulturzentrum in Agadez zusammen, außerdem mehrere nigrische Journalist*innen und der Präsident des Regionalrates von Agadez. Wer möchte, darf sich für einen Wortbeitrag auf eine Rednerliste setzen lassen. Unzählige Arme schnellen in die Höhe. Viele wollen ihre Migrationsgeschichten loswerden. Sie berichten von grauenvollen Erlebnissen entlang der Routen, von bürokratischen Demütigungen, schwerer Folter und menschlichen Verlusten. Von den zahlreichen Nichtregierungsorganisationen in Agadez sind sie enttäuscht. Viele klagen über die Zustände im Transitzentrum der IOM. „Das Wasser, das sie

uns geben, macht uns krank. Die Angestellten selbst trinken nie davon“, berichtet einer. Ein anderer erzählt: „Es ist gefährlich dort. Niemand kümmert sich um unsere Sicherheit.“ Sie fragen sich und uns: „Warum nimmt man uns den Traum von einem besseren Leben?“

Am Ende des Abends ergreift Moussa Tchangari, der Direktor von Alternative Espaces Citoyens, das Wort: „Wir sind keine humanitäre Organisation, die Lebensmittel verteilt. Wir sind Journalist*innen und Aktivist*innen, die die Rechte von Migrant*innen verteidigen. Ihr müsst euch aber auch selbst organisieren und für eure Rechte eintreten! Macht aus euren individuellen Träumen einen kollektiven Traum!“ Um zu bekräftigen, dass man mit dem unermüdlichen Einsatz für Menschenrechte durchaus was erreichen kann, erzählt Tchangari von seinem Besuch in Deutschland Anfang 2019: „Die Freundinnen und Freunde von medico haben mich nach Berlin eingeladen und Gespräche mit Parlamentarier*innen organisiert. Ich habe den Abgeordneten erklären können, welche Auswirkungen die europäische Politik auf Niger hat und wie es den Migrant*innen hier geht. Sogar mit einem direkten Berater der Bundeskanzlerin habe ich gesprochen. Ich weiß, dass sich dadurch nicht unmittelbar etwas für euch verändert, aber ich konnte ihnen unsere Sicht der Dinge erklären und die Rechte der Migrant*innen ihnen gegenüber verteidigen.“

Trotz verstärkter Repressionen gegen kritische zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Niger, setzen Tchangari und seine Kolleg*innen ihre Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit unbeirrt fort. Im vergangenen Jahr waren Tchangari und andere Aktivist*innen mehrere Monate in Haft, weil sie ein Fiskalgesetz kritisiert hatten, das Steuererleichterungen für Großkonzerne und Steuererhöhungen für die extrem arme Bevölkerung vorsah. Derzeit sind sie unter anderem damit befasst, ihre Kritik am Staats-

haushalt für 2020 in verständlicher Form publik zu machen. Dabei zeigen sie auch die Kosten der Migrationsabwehr für die nigrische Bevölkerung auf. Tchangari: „Im kommenden Jahr will der nigrische Staat die Ausgaben für die Gesundheit von schwangeren Frauen und Kleinkindern weiter kürzen – auf dann weniger als die Hälfte von dem, was er für den Kampf gegen die Migration einstellt.“

*Pseudonym



Ramona Lenz ist Referentin für Flucht und Migration bei medico. Im Oktober und November 2019 reiste sie nach Niger. In Agadez traf sie Migrant*innen, die auf eine Gelegenheit zur Weiterreise warteten oder brutale Abschiebungen hinter sich hatten.

medico unterstützt Alternative Espaces Citoyens (AEC) bei der vielfältigen Menschenrechts-, Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit, die die Organisation trotz zunehmender Repressionen in Niger leistet. AEC ist auch Teil des von medico geförderten westafrikanischen Netzwerks zum Schutz der Rechte von Migrant*innen, Flüchtlingen und Asylbewerber*innen und für Freizügigkeit ROA-PRO DMAC, das derzeit im Aufbau ist. Ziel ist es, länderübergreifend gegen Straflosigkeit bei Abschiebungen und Zurückweisungen vorzugehen und Rechtsbeistand für Opfer zu organisieren.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Auf der Sklavenroute

Immer mehr Migrierende aus Afrika wählen die Route über den Atlantik. Doch auf dem Weg Richtung USA entpuppt sich Mexiko als Falle

Von Timo Dorsch

„Das ist unser Tapachula“, seufzt Defesa, während sie zwischen Zelten umhergeht und das Abendessen vorbereitet. Zusammen mit 1.200 Menschen harret die junge Angolanerin seit Anfang September 2019 in einem aus der nackten Not errichteten Zeltlager am Stadtrand aus. Eigentlich wollte sie längst in den USA sein. Doch nun steckt sie mit rund 3.000 anderen Geflüchteten aus afrikanischen Ländern in Tapachula fest, der kleinen mexikanischen Stadt mit dem schlechten Ruf, rund 20 Kilometer entfernt von der Grenze zu Guatemala. Menschen aus Angola, Togo oder Kongo. Charles stammt aus Ghana. In seiner Niedergeschlagenheit spricht er leise. „Wir werden nicht so behandelt, als seien wir Menschen.“ Charles hat sein Zuhause verlassen, nachdem sein homosexueller Bruder ermordet worden war. Zwei Monate war er unterwegs, alleine einen Monat hat er in einer Gruppe für den gefährlichsten Abschnitt gebraucht, die Grenze zwischen Kolumbien und Panama. „Viele afrikanische Körper sind im Dschungel geblieben.“ Wilde Tiere, Krankheiten, das organisierte Verbrechen. „Wir wussten, was auf uns wartet. Aber wir sind gezwungen, unsere Länder zu verlassen.“

Was aber lässt die Menschen ausgerechnet den weiten Weg über den Atlantik wählen? Die Route nach Europa sei zu gefährlich geworden, mei-

nen viele. Und zu teuer. Deshalb haben sie sich für Mittelamerika entschieden, in der Hoffnung, sich bis in die USA durchschlagen zu können. Es ist, als würde die Zeit rückwärtslaufen: Im 21. Jahrhundert folgen Menschen aus Afrika der einstigen Sklavenroute nach Amerika. Mit dem Flieger sind sie nach Brasilien oder Ecuador gekommen, die einzigen Länder, für die sie kein Visum brauchen. Von dort geht es weiter gen Norden. Im mexikanischen Südosten aber hat ihr Weg ein abruptes Ende genommen.

Ein folternder Raum

Direkt hinter den Zelten verläuft die Mauer der Migrationsstation Siglo XXI. Das „21. Jahrhundert“ offenbart sich als elender Ort, als Lager, überfüllt, dreckig, unmenschlich. Das Zentrum gegen Straflosigkeit und Folter CCTI aus Mexiko-Stadt nannte die Station jüngst einen „folternden Raum“, der systematisch die UN-Folterkonvention von Istanbul verletzt und in den Migrant*innen hinein gezwungen werden: Wer von der Migrationsbehörde INM oder dem Militär ohne gültige Papiere aufgegriffen wird, wird hierher verfrachtet und muss mindestens drei Wochen durchstehen. Bis vor Kurzem bestand die Möglichkeit, nach der Haft ein spezielles Ausreisedokument zu beantragen. Wenn die

Nationalität der Person nicht festgestellt werden konnte oder kein Abschiebeabkommen mit dem Heimatland existiert, musste man Mexiko zwar innerhalb von 20 Tagen verlassen – offen blieb allerdings, über welche Grenze wohin. Das war eine Chance für all jene, die in das, wie sie es nennen, Land der Schwarzen wollen, die USA. Doch im Juli wurde auch dieses bürokratische Schlupfloch geschlossen. Wer heute in Tapachula strandet, ist um wenige Wochen zu spät gekommen. Daher bevölkern die Menschen die Zeltstadt. Aus Protest. Aus Verzweiflung. Aus Alternativlosigkeit.

An Orten wie Tapachula materialisiert sich, was in Washington bestimmt wurde. El Norte duldet keine weiteren Migrationsbewegungen aus dem Süden. Unter Druck und Drohungen von US-Präsident Donald Trump ordnet sein mexikanischer Amtskollege Andrés Manuel López Obrador seit Juni 2019 die Migrationspolitik seines Landes neu. Dazu gehören die Abschaffung eben jenes Ausreisedokuments und die Entsendung von 10.000 Soldat*innen der Nationalgarde in den Grenzlandesstaat Chiapas. Die Geflüchteten stecken in einer Sackgasse, die transatlantischen aus Afrika ebenso wie die Abertausenden Mittelamerikaner*innen. Zurück wollen sie nicht. Vorwärts können sie nicht. Also harren sie aus – sofern sie nicht abgeschoben werden.

El Norte macht Druck

Es sind etliche, die sich der Abschiebung nicht haben entziehen können. Von den 122.556 Migrant*innen aus Mittelamerika, die von den Migrationsbehörden zwischen Januar und August 2019 im Zuge ihres irregulären Grenzübertritts erfasst wurden, sind 93.073 deportiert worden, allein nach Honduras über 50.000. Ab April nahmen die Festnahmen schlagartig zu – just in jenen Tagen, in denen Donald Trump

Mexiko mit horrenden Handelszöllen drohte. Während die USA auch Afrikaner*innen verstärkt abschieben, ist Mexiko zurückhaltender. Ein Grund: Bislang gibt es keine Rückführungsabkommen mit den jeweiligen Herkunftsländern. Das aber kann sich bald ändern.

Die restriktivere Politik zeichnet sich auf den Fluchtrouten ab: Sie verschieben sich. Die Migrierenden nehmen noch unsichere und gefährlichere Wege über die Berge in Kauf. Unlängst berichtete die medico-Partnerorganisation La72, eine Migrant*innenherberge im Bundesstaat Tabasco, wieder einmal von Entführungsfällen. Das ist keine Seltenheit. Zeitgleich wird die Herberge selbst zunehmend zur Zielscheibe repressiver Maßnahmen. Immer häufiger kommen Polizei oder Militär vorbei, immer stärker wird ihre solidarische Arbeit diffamiert.

Das kollabierte Recht

Vorläufig haben aus Afrika Migrierte keine andere Option, als in Mexiko auszuharren. Unter dem Druck der USA ist aus dem einstigen Transitland eine Sackgasse geworden. Wer bleiben möchte, hat die Möglichkeit, einen Asylantrag zu stellen oder ein temporäres Visum aus humanitären Gründen zu beantragen. Die Aussichten für einen positiven Bescheid und den Status eines Geflüchteten sind gar nicht schlecht. Trotzdem weigern sich die meisten. Denn wird der Antrag gestattet, hat man das Recht verwirkt, in Zukunft einen Antrag in den USA zu stellen – das eigentliche Ziel wäre aufgegeben. „Vielen ist auch gar nicht klar, dass ihre Situation und die Lebensumstände hier alle Kriterien für die Bewilligung des Antrags erfüllen“, erklärt Kristin Halvorsen vom UN-Flüchtlingswerk. „Da sie niemals in einem Kontext ohne Gewalt gelebt haben, erscheint ihnen ihre Situation als normal“, so Halvorsen. Zu den zentralen Aufgaben des UNHCR gehört

es daher, die Geflüchteten über ihre Rechte und Möglichkeiten aufzuklären. Es vermittelt sogar Arbeitsplätze in der mexikanischen Maquila-Industrie.

Unterminiert werden die formellen Rechte zudem durch die bürokratische Praxis. Vor Alma Delia Cruz Márquez liegt ein hoher Stapel Anträge. Die Leiterin des Büros Tapachula der staatlichen Asylbehörde COMAR ist überlastet. Und nicht nur sie, die komplette Bundesbehörde ist heillos überfordert. „Unser Budget beträgt 1,2 Millionen Euro. Wir bräuchten aber das Vierfache“, lässt die Beamtin durchblicken. Die Folge: Die Wartezeiten werden immer länger. Allein acht Wochen verstreichen, bis die COMAR einen Antrag aufgenommen hat. Laut Gesetz haben die Behörden danach 55 bis 100 Arbeitstage Zeit, die Anfrage zu beantworten. In der Regel dauert es länger. Wenn, was bei vielen afrikanischen Migrant*innen oft vorkommt, in Schreiben der Behörden Personen- und Ländernamen falsch geschrieben sind, vergeht noch viel mehr Zeit. Durch die mangelnde Ausstattung der Behörden passiert in den meisten Fällen jedoch gar nichts. Von 69 Anträgen von Afrikaner*innen wurden lediglich zwei bewilligt, bei den 12.381 Anträgen von Mittelamerikaner*innen sieht es nicht viel besser aus. Doch auch abgelehnt wurden noch nicht viele. Die meisten Anträge werden einfach nicht bearbeitet.

Cruz Márquez vermutet, dass die Masse der Anträge erst noch kommen wird: „Viele Leute im Camp wollen diesen Antrag nicht stellen. Aber irgendwann werden sie es tun, weil ihnen schlicht die Mittel fehlen, um noch länger durchzuhalten.“ Zwar unterstützt das UNHCR die Antragsteller*innen drei Monate lang jeweils mit rund 117 Euro, doch weder die Höhe noch die Dauer sind ausreichend. Die permanente Ohnmacht der Geflüchteten gegenüber einem undurchsichtigen Verwaltungsapparat zermürbt die Menschen. Bis zum Jahresende 2019 könn-

ten die Anträge auf 80.000 steigen. Das wären vierzig Mal so viel wie noch vor fünf Jahren.

Über dem Camp in Tapachula brauen sich dunkle Wolken zusammen. Es ist Regenzeit. Blacky kehrt aus der Stadt zurück. In aller Frühe hat sich der Kongolese heute dorthin aufgemacht, um Arbeit zu suchen. Wieder einmal vergeblich. „Wir leiden. Wir haben kein Geld mehr,“ stößt er verbittert aus. Weil nicht alle ein Zelt haben, schlafen viele auf dem Boden unter freiem Himmel. Weil es auch nachts regnet, stellen sie sich unter einer Plane zusammen. Um nicht nass zu werden, versuchen die Menschen im Stehen zu schlafen. Die ersten Tropfen fallen. Hektisch suchen alle nach Schutz. Ein paar Hundert Meter weiter wird auf einem Tennisplatz der letzte Ball geschlagen. Das Viertel, in dem die Menschen verzweifelt ausharren und sich an die Hoffnung klammern, doch irgendwann und irgendwie in die USA gelangen zu können, heißt Las Vegas.



Timo Dorsch ist freier Journalist zwischen Deutschland und Mexiko. Seine Themen sind u.a. Migration, organisiertes Verbrechen und soziale Gewalt. Zuletzt im Oktober 2019 bereiste er den Süden Mexikos.

Seit 2010 unterstützt medico international die Arbeit der Migrantenherberge „La 72“ in Tenoisique, nahe der guatemaltekischen Grenze. Ebenso lange fördern wir die Arbeit des Movimiento Migrante Mesoamericano, das Mütter verschwundener Migrantinnen und Migranten bei der Suche nach ihren Angehörigen unterstützt und das Thema in Mexiko sichtbar macht.

Spendenstichwort: Mexiko

Eine solide Definition wäre wichtig

Über die Problematiken der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“. Ein Interview mit Peter Ullrich

Dr. Peter Ullrich arbeitet mit den Schwerpunkten Protest- und Antisemitismusforschung an der TU Berlin.



Die tödliche Virulenz des Antisemitismus in Deutschland hat der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 dieses Jahres deutlich gemacht. Hier zeigte sich der klassische vernichtende Antisemitismus, gepaart mit Frauenhass und Islamophobie. Der Anti-BDS-Beschluss des Bundestages lagert hingegen das Antisemitismusproblem auf vermeintliche und tatsächliche Israel-bezogene Ressentiments aus. Der Bundestag bezieht sich dabei auf die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der Allianz für Holocaustgedenken (IHRA). Im nachfolgenden Interview beschäftigt sich Peter Ullrich mit den antisemitischen Diskursen in den unterschiedlichen Milieus und der Frage, ob die Arbeitsdefinition wissen-

schaftlich und politisch zur Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen Formen tauglich ist. Im Auftrag von medico international und der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat er dazu eine kürzlich veröffentlichte Studie erstellt.

Der Synagogenanschlag in Halle hat die deutsche Öffentlichkeit schockiert. Hat man die Gefahr von rechts zu lange ignoriert und generell dem Ausmaß an Antisemitismus zu wenig Beachtung geschenkt?

Der Rechtsextremismus, vor allem das terroristische Potenzial, sind von Politik und Sicherheitsbehörden immer wieder unterschätzt und kleingeredet worden. In Bezug auf Antisemitismus ist es komplizierter. Es gibt in Deutschland eine eigentümliche Beschäftigung mit Antisemitismus auf einer staatstragenden, proklamatorischen Ebene, aber es bleibt in vielen Bereichen bei symbolischen Interventionen, beispielsweise, wenn daraus Solidarität mit Israel als Teil der deutschen Staatsräson abgeleitet wird. Zeitgleich hat sich die Wahrnehmung von Antisemitismus seit Anfang der 2000er Jahre verändert. Die Aufmerksamkeit hat sich verschoben hin zu einer globalisierungskritischen Bewegung und hin zu Muslimen, die als neuer Träger von Antisemitismus ausgemacht wurden. Das war nicht völlig falsch, es gab ja eine Vielzahl judenfeindlicher

Straftaten durch Einwanderer aus islamischen Ländern. Aber so ist der fortbestehende Kernbereich, was Antisemitismus ausmacht, aus dem Blick geraten.

Also der aus dem rechtsradikalen Spektrum?

Nicht nur er allein, auch der auf christliche Traditionen zurückgehende Antisemitismus. Der offizielle Anti-Antisemitismus hat sich verstärkt in einer Pro-Israel-Haltung geäußert und an der Boykottbewegung BDS abgearbeitet. Der Rechtsextremismus ist generell –

So vage, so widersprüchlich, so diffus. Dennoch wird die Arbeitsdefinition selbst für Grundrechtseinschränkungen herangezogen.

selbst beim „Aufstand der Anständigen“, damals ausgerufen von Gerhard Schröder, und nach Auffliegen des NSU-Skandals – niemals so ernst genommen worden, wie es nötig gewesen wäre. Alarmzeichen gab es schon vor Halle mehr als genug.

In der 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance angenommenen „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ kommt der Rechtsradikalismus vergleichsweise kurz vor. Liegt das daran, dass er sich mit seiner Leugnung des Holocaust und seinen Verschwörungstheorien problemlos einordnen lässt?

Zunächst einmal ist die semantische Struktur von Antisemitismus, egal in welchem politischen Lager, gleich. In ihr wird meist einem nationalen oder religiösen „Wir-Kollektiv“ ein jüdisches Gegenüber entgegengestellt, das homogenisiert und für das Übel der Welt verantwortlich gemacht, aber nicht als legitimes Kol-

lektiv anerkannt wird. Das ist in allen Ausprägungen des Antisemitismus so. Doch die öffentliche Thematisierung hat ihren Fokus vor allem auf den Nahostkonflikt gerichtet. Feindschaft entsteht dort aber nicht nur aus antisemitischen Tradierungen, sondern auch aus einem realen Konflikt. Die Art, wie das in den Vordergrund gerückt wird, grenzt an eine Verharmlosung des rechtsextremen Antisemitismus. Zumal dieser als Kitt der Szene wieder an Bedeutung gewinnt.

Zumindest laut den Statistiken gehen antisemitische Straftaten größtenteils auf Rechts-extremisten zurück.

Stimmt. Man muss trotzdem diese Statistiken kritisch bewerten, da antisemitische Taten von der Polizei unterschiedlich und auch widersprüchlich erfasst werden. Demnach sind die Täter entweder Ausländer oder extremistisch links oder rechts. Eine Hakenkreuz-Schmiere-rei wird meist automatisch rechts zugeordnet, könnte aber auch einen Auslands- oder Nahost-Bezug haben. Eine genauere Justierung würde die Statistik ein wenig verändern. Aber im Grundsatz ist klar, das zeigen auch die Einstellungsbefragungen, dass im rechten politischen Spektrum der Antisemitismus die größte Bedeutung besitzt. Dort hat er seinen genuine Platz und ist weltbildstiftend. Auch wenn das jetzt manche rechtspopulistischen Parteien mit einer pro-israelischen Fassade versehen.

Besteht eine Wechselwirkung zwischen teils sehr gegensätzlichen Milieus, in denen es antisemitische Neigungen gibt? Womöglich, weil sich die Grenzen des Sagbaren verschoben haben?

Da wäre ich sehr vorsichtig. Gerade innerhalb der Linken gab es in den letzten Jahrzehnten starke Debatten, wodurch antisemitische Positionen, auch sehr radikale Kritik an Israel, weitgehend marginalisiert wurden. Auch bestehen zwischen der Palästina-Solidaritätsbewegung,

trotz all der unschönen Dinge, die sie produziert, und der radikalen Rechten wenig Berührungspunkte. Aber sicherlich spielen die sozialen Medien eine Rolle, so dass Diskurse, die tabuisiert waren, heute leichter ein Publikum finden. Randständige verschwörungstheoretische Positionen, wie aus dem Reichsbürger-Spektrum, können sich über das Internet besser als je zuvor organisieren, während die Aktivisten vorher voneinander isoliert waren.

Beeinflusst das auch die Mitte der Gesellschaft?

Zuspitzungen im Nahostkonflikt führen in der Regel zum Anstieg Israel-bezogener, antisemitischer Einstellungen. Ebenso haben viele Studien gezeigt, dass Krisen und Abstiegsängste sich auf antisemitische Weltdeutungen auswirken. Aber ganz zentral ist der Nationalismus, der besonders durch Pegida und die AfD-Präsenz in Parlamenten sowie durch all das Ernstnehmen des „besorgten Bürgers“ immens an Bedeutung gewonnen hat. Auch das ist ein Nährboden für Antisemitismus. Wenn diese Faktoren sich überlagern, führt das eher zu einer Verstärkung, als dass ein Milieu vom anderen abkuppert.

Bei der AfD läuft derzeit ein doppeltes Spiel: einerseits kehrt man eine pro-israelische Haltung heraus, andererseits wird die deutsche NS-Vergangenheit als „Vogelschiss“ relativiert.

Das ist ein strategischer Anti-Antisemitismus, der sich aus anti-muslimischem Rassismus speist und stark anknüpfungsfähig ist an rechtsnationale Positionen der israelischen Regierung. Hinter dieser Fassade finden sich die zentralen eigenen Positionen, die ganz klar antisemitische Tendenzen haben und mit Äußerungen á la „Vogelschiss“ die deutschen Verbrechen relativieren. Das ist ihr ideologischer Kern, was auch diverse, klar antisemitische Positionierungen aus der Partei zeigen. Ver-

brämt wird das mit der auch in konservativen Kreisen beliebten Figur des christlich-jüdischen Abendlands. Damit wird jüdische Geschichte positiv zu vereinnahmen versucht, aber verschwiegen, dass dies überwiegend eine Verbrechen-Geschichte des Christentums an Juden ist.

Wie kommt es, dass altbackene, längst als Fälschung entlarvte Theorien von einer jüdischen Weltverschwörung noch heute Anklang finden bei jüngeren Leuten?

Ein ausgeformtes antisemitisches Weltbild ist kaum durch Erfahrungen oder Wissen irritierbar. Solche Stereotype sind Teil unseres kulturellen Gedächtnisses. Die Anpassungen an die Gegenwart kursieren tatsächlich massiv in den sozialen Netzwerken, abhängig vom politischen Kontext des jeweiligen Facebook-Freundeskreises. Ob das nun iranische Propaganda bei bestimmten Migrantengruppen ist oder der hegemoniale rechte Diskurs in manchen sächsischen Gemeinden. Da gibt es einfach genug Stoff von überzeugten Ideologen, der teilweise auch maskiert daherkommt. Man kennt ja die Strategie der Normalisierung von Rechten, die sich als freundliche Engagierte in Fußballvereinen oder Elternbeiräten zu etablieren versuchen.

Umso wichtiger ist eine breit akzeptierte Definition von Antisemitismus als Grundlage für Gegenmaßnahmen. Aber genau das scheint der Arbeitsdefinition Antisemitismus laut Ihrem Gutachten nicht überzeugend gelungen zu sein. Warum?

Seitdem die Arbeitsdefinition Antisemitismus mehr und mehr Verwendung fand, war sie ein Ärgernis. Aber zunächst einmal muss sie ernstgenommen werden in ihrem Versuch, Antisemitismus zu definieren. Angesichts der eingangs erwähnten Gewaltwelle, die in den frühen 2000er Jahren einsetzte, stellte sich die Aufgabe, ein Instrumentarium zu finden, mit

dem man antisemitische Vorfälle und auch Israel-bezogene Aspekte erfassen kann wie beispielsweise das weit verbreitete Phänomen, Juden weltweit für Israel in Haftung zu nehmen. Dafür wäre eine solide Definition wichtig. Leider wird mit der „Arbeitsdefinition“ keinerlei Klarheit geschaffen, die auch nur basalen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen würde.

Im rechten politischen Spektrum besitzt der Antisemitismus die größte Bedeutung. Dort hat er seinen genuinen Platz und ist weltbildstiftend.

Man könnte sagen, sie tut nur so als ob. So postuliert sie in ihrem Kernsatz, dass Antisemitismus eine bestimmte Wahrnehmung von Juden ist. Dann kommt, das kann sich so oder so ausdrücken. Eine Bestimmung, welcher Art diese Wahrnehmung ist, wird schlicht nicht vorgenommen. Insbesondere die vielen Kann-Formulierungen haben in einer Definition nichts zu suchen, es sei denn, man ist vollständig. Aber dann müsste man eine ganz lange Liste von Dingen, wie sich Antisemitismus äußern kann, erstellen.

Die Schwachstelle der „Arbeitsdefinition“ ist also, dass sie einerseits zu vage, andererseits zu eng ausgelegt wird?

Sie hat mehrere Konstruktionsfehler. Der Versuch, eine Definition zu schaffen, die wissenschaftlich exakt ist, allgemein verbindlich und zugleich für Laien praktisch anwendbar, ist schon ein Widerspruch in sich.

Wie erklären Sie sich dann den Erfolg der Ar-

beitsdefinition Antisemitismus, auf die ja immer wieder zurückgegriffen wird?

Insbesondere für Verwaltung und Politik ist es äußerst hilfreich, sagen zu können, hier haben wir ein Instrument. Sie wollen zeigen, wir tun was. Aber mit dieser Definition stellt man nur eine Fiktion von Handlungssicherheit her. So beziehen sich mittlerweile viele Beschlüsse, auch der Bundestagsbeschluss zu BDS, auf die Definition, aber eher in floskelhafter Referenz. Oft macht man sich nicht einmal die Mühe, die Kriterien zu prüfen. Damit stellt man eine prozedurale Legitimität für Entscheidungen her, obwohl die Definition das eigentlich nicht hergibt. Weil sie so vage ist, so widersprüchlich, so diffus, erlaubt sie es ja gerade nicht, bestimmte Ereignisse klar zu klassifizieren. Aber weil man auf ein Instrumentarium verweisen kann, verfügen derart begründete Entscheidungen über eine Form von Legitimität, die sachlich nicht haltbar ist.

Das heißt, die von der Arbeitsdefinition gelieferten Beispiele lassen sich instrumentalisieren, um Israel-Kritiker zu diffamieren?

Manche Beispiele sind völlig unproblematisch, weil sie an sich antisemitische Phänomene beschreiben. Also wenn jemand einzelne Juden und Jüdinnen für die Politik Israels angreift oder für das, was andere Juden machen, ist das klar Antisemitismus. Andere Beispiele erlauben eine solche Definition nur mithilfe von Kontextwissen, eines der beliebtesten betrifft die „doppelten Standards“. Ich denke, dass doppelte Standards ein universales Phänomen sind. Wer sich mit einem Thema beschäftigt, guckt nicht so genau bei anderen Themen hin. In der ausführlichen Fassung der Definition, nicht in der von der Bundesregierung angenommenen, heißt es, wenn Israel nicht anders kritisiert wird als andere Demokratien, ist das okay. Aber selbst da muss man sich fragen, sind andere Demokratien, die nicht seit Jahrzehnten ein Besatzungsregime aufrechterhal-

ten, eigentlich dasselbe? Wenn ungleiche Standards verwendet werden, sollte man genauer hinsehen. Da sollte eine Warnlampe aufleuchten. Ja, es gibt eine obsessive Fokussierung auf Israel. Es gibt auch eine lange Geschichte der Täter-Opfer-Umkehr, indem man sagt, was Israel mit den Palästinensern mache, sei so schlimm wie die Verbrechen der Nazis an den Juden.

Das klassische Argument zur Selbstentlastung.

Genau. Aber wenn Palästinenser sich auf Israel fokussieren und nicht auf Saudi-Arabien, dann hat das eben auch mit ihrer Lebensrealität zu tun. Deswegen muss man sehr genau hingucken, wer sagt was und mit welchen Motiven. Doppelte Standards sind per se noch kein Kriterium für Antisemitismus. Eigentlich verlangt die Definition die Beachtung des Gesamtkontextes. Aber in der Praxis wird sie häufig so angewendet, dass, wenn ein bewertetes Ereignis mit der Aufzählung grob übereinstimmt, ein Fall von Antisemitismus erkannt wird. Die Beispiele werden dann behandelt wie eine Definition, obwohl sie Explikationen sind. Das heißt Definition und Beispiele stehen in einem Spannungsverhältnis, was die Sache noch komplizierter macht.

Was heißt das konkret?

Wenn jemand behauptet, Israel ist ein rassistisches Unterfangen, sollte man unterscheiden, ob das Anarchisten aus Israel sagen, die Nationalstaatlichkeit jeder Art, auch die ihres eigenen Landes, kritisieren, oder ob, wie seinerzeit bei der Durban-Konferenz, Rassismus und Zionismus als wesensgleich erklärt werden. Im letzteren Fall muss man sagen, dass in der Tradition antisemitischer Weltbilder der jüdische Nationalismus als künstlich, nicht-identisch und gefährlich gesehen wird, während der eigene Nationalismus generell nicht hinterfragt wird. Es gibt immer mehrere Ebenen bei Äuße-

rungen zum Nahostkonflikt. Hinterfragt werden muss, was ist ihr Realitätsgehalt, inwiefern ist das zulässig oder antisemitisch aufgeladen? Eine laxer Definition ist da nicht hilfreich. Da sie quasi rechtlichen Charakter hat, wird sie aber selbst für Grundrechtseinschränkungen herangezogen, indem etwa Raumverbote wie in München für pro-palästinensische Gruppen erteilt werden. Dabei unterliegen Grundrechtseinschränkungen eigentlich dem Gebot der Bestimmtheit und der Normenklarheit. Genau das bietet die Definition nicht.

Warum ist es so, dass im Fall von Israel das Existenzrecht explizit betont wird? Bei anderen Staaten spielt keine Rolle, ob ihr Existenzrecht bestätigt wird.

Erstens ist die israelische Existenz tatsächlich immer wieder massiv angegriffen worden, von den Nachbarländern, aber auch international aus politischen Lagern wie der Linken. Noch immer wird auf Flugblättern steinzeitkommunistischer Splittergruppen Israel als „Feind der Völker“ hingestellt und Zionismus als Feindbild auf eine Ebene mit Imperialismus und Krieg gerückt. Die sagen zwar, dass sie nicht antisemitisch sind, aber sie haben ein Zerrbild von Israel, das als das Böse schlechthin gesehen wird. Implizit und auch explizit ist das häufig die Aberkennung des israelischen Existenzrechts. Im deutschen Verhältnis zum Nahostkonflikt fällt allerdings eine weitere Asymmetrie auf – doppelte Standards im ganz anderen Sinne –, weil von niemandem die Anerkennung des Rechts auf eine gesicherte, staatliche Existenz für Palästinenser verlangt wird, um mitreden zu dürfen.

Machen es sich deutsche Politiker zu einfach, die sich mit dem offiziellen Israel solidarisieren, aber kritische Israelis wie Moshe Zuckermann oder die linke Jüdische Stimme ausgrenzen?

Wenn das Verhältnis zum Antisemitismus ein

taktisches ist, impliziert das auch ein taktisches Verhältnis zu Juden. Das geht bis auf Adenauer zurück, der gesagt hat, die Juden haben noch immer ziemlich viel Macht, mit denen müssen wir uns gut stellen. Symbolische Abkehr vom Nationalsozialismus macht sich dann mehr und mehr fest an einer pro-israelischen Haltung, die die Abkehr vom Antisemitismus verdeutlichen soll und schließlich zur deutschen Staatsräson erklärt wird. Das ist eine Argumentationskette, die inhaltlich ziemlich viele Brüche aufweist. Offenbar wird das, wenn Juden und Jüdinnen wie Zuckermann

Wenn die Beschäftigung mit Antisemitismus völlig auf Israel, den Nahostkonflikt und die BDS-Bewegung fixiert ist, läuft sie Gefahr, den mörderischen Antisemitismus von rechts zu relativieren.

dieses gedankliche Gebäude, das ich mal als Kartenhaus zu beschreiben versucht habe, kritisch hinterfragen. Unabhängig davon hat der Nahostkonflikt eine weltpolitisch hochgradige Relevanz. Ich halte es für gefährlich, die erinnerungspolitische Dimension zu negieren – was die Palästina-Freunde gerne machen. Bei denen zählen immer nur „facts on the ground“. Eine Phrase, die ich nicht mehr hören kann, wenn sie dazu dient, die Beschäftigung mit Antisemitismus abzuwehren. Gleichzeitig gibt es den realen, gewaltsamen, lang andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt, der zu einer verstärkten Wahrnehmung beiträgt.

Im Schlusswort Ihrer Analyse schreiben Sie, dass „die Arbeitsdefinition von Antisemitis-

mus ein Einfallstor für eine damit mögliche öffentliche Stigmatisierung missliebiger Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt“ biete. Haben Sie Hoffnung, dass Ihre Kritik zu Korrekturen führt?

Die britische Labour-Party hat das versucht, was aber einen Sturm der Entrüstung auslöste, so dass man wieder zurückruderte, obwohl ihre Fassung meines Erachtens eher eine Verbesserung war. In der wissenschaftlichen Diskussion beziehen sich kaum Experten auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus oder merken, wie in Kommentaren zum BDS-Bundestagsbeschluss, an, dass es so eigentlich nicht geht. Das Problem ist, dass es auch in der Wissenschaft eine schwierige Konstellation gibt zwischen Forschern, die unterschiedlich weite Antisemitismusbegriffe vertreten oder bei Nahost-bezogenen Vorkommnissen unterschiedliche Klassifikationen vornehmen. Mittlerweile sind sie in innigster Feindschaft miteinander verbunden, die notwendige Debatte findet kaum statt. Meine Position hier ist: Wenn die Beschäftigung mit Antisemitismus völlig auf Israel, den Nahostkonflikt und vor allem die BDS-Bewegung fixiert ist, läuft sie Gefahr, den mörderischen Antisemitismus von rechts zu relativieren.

Die Fragen stellte Inge Günther, langjährige Israel-Korrespondentin der Frankfurter Rundschau (FR). Eine kürzere Fassung des Interviews ist am 30.10.2019 in der FR erschienen.

Mehr zum Thema und zum Gutachten von Peter Ullrich unter www.medico.de/antisemitismus-definition

Vielsam- keit eines ausschwei- fenden Zusammen- hangs

Solidarisch lässt sich am besten in Gesellschaft sein. Ein Essay

Von Bini Adamczak

Das Gegenteil von Scheiße ist mit euch – so hat das Missy Magazine einen Text der Autorin und Theatermacherin Simone Dede Ayivi übersrieben, der mit einigem Recht als Hymne auf linke Solidarität bezeichnet werden kann. Solidarität nicht als Anspruch, Ideal, Programm, sondern als tatsächlich erfahrene, praktisch gelebte, real existierende. Solidarität bei der Besetzung des Hambacher Forsts oder im antifaschistischen Jugendzentrum, bei der Verhinderung einer Zwangsräumung oder im sexistischen Arbeitsalltag, bei der Seenotrettung oder in der Facebookgruppe. Ayivi stimmt ein Loblied an, das viel zu selten gehört wird – auf den zärtlichen und kämpferischen Aktivismus, dem Menschen in ihrer begrenzten Lebenszeit nachgehen, obwohl sie es genauso gut bleiben lassen könnten. Aber sie verschweigt auch nicht die Mühen der Solidarität, die Kraft geben wie Kraft kosten kann. Die zuweilen schwierige und schnelle Entscheidungen abverlangen. So in der Situation einer Polizeikontrolle vor einem Supermarkt, deren Dramaturgie Ayivi präzise rekonstruiert:

„Zwei Polizisten kontrollieren eine Person. Reden auf sie ein, verhalten sich grob und arrogant und wedeln ihr mit ihren Papieren vor dem Gesicht herum. Als sie versucht, danach zu greifen, ruft einer der Polizisten laut: ‚Hey! So was kannst du vielleicht zu Hause in Afghanistan machen, aber nicht hier bei uns in Deutschland.‘ Mein Bauch und mein Kopf geraten in solchen Momenten in einen Konflikt, bei dem

am Ende nie klar ist, wer eigentlich gewonnen hat: mein Bauch schickt mir den Impuls durch den Körper, sofort zu reagieren. Zu helfen – irgendetwas! – oder wenigstens zu zeigen, dass ich da bin und die Situation mitbekomme. Soll ich den Vorgang filmen? Etwas rufen? Was? Mein Kopf versucht, mir die Gefahren aufzuzeigen. Sobald ich reagiere, kann das auch negative Folgen haben – bevor ich also einschreite, sollte ich zumindest den Ansatz einer Strategie entwickeln [...] Ich glaube, ich brauchte etwa vier Sekunden, bis sich etwas in meinem Mund formte, von dem ich heute nicht mehr weiß, was es mal werden sollte. Denn bevor ich sprechen konnte, geschah Folgendes: Person hinter mir: ‚Was sagen Sie denn da?‘ Person mit Kinderwagen neben mir: ‚Das ist rassistisch!‘ Person auf dem Fahrrad: ‚Sowas kannst du vielleicht bei dir zu Hause [...] sagen, aber nicht hier bei uns.‘“

Vielleicht ist die Szene eine Schlüsselszene der Solidarität. Das Entscheidende ereignet sich genau in dem Moment, in dem der innere Monolog, hier zwischen Bauch und Kopf, unterbrochen wird. Dessen Frage – Was soll ich tun? – erinnert nicht von ungefähr an die Frage – Was hättest du getan? –, mit der die Geschichtspädagogik in Deutschland so gerne operiert. Dabei wird selbst der Nationalsozialismus auf ein individuelles Dilemma von Mut und Märtyrertum reduziert: Das Unrecht und ich. Alle Möglichkeiten von gemeinsamem Widerstand sind aus diesem Bild gelöscht. Die Verantwortung lastet auf dem Individuum. Es ist genau diese neoliberal-

rale Vereinzelungsschleife, die in dieser Polizeikontrolle von den umstehenden Personen durchbrochen wird. In diesem Sinne ist es nicht völlig gleichgültig, dass die Geschichte in Kreuzberg spielt, einem Ort, der von einer jahrzehntelangen Tradition erfolgreicher politischer, etwa antirassistischer, Kämpfe geprägt ist. In einer sächsischen oder bayrischen Kleinstadt wäre das gleiche Verhalten der umstehenden Passantinnen etwas unwahrscheinlicher gewesen und damit zugleich noch etwas wundervoller. „Solidarisch ist, wer sagt und es auch meint: Du bist nicht allein!“, hat der Philosoph Arndt Pollmann formuliert. Mit Simone Dede Ayivi lässt sich hinzufügen: „Du bist nicht allein – auch nicht allein mit mir.“ Solidarität ist keine Identität, sie ist nichts, was „man hat“. Sie ist auch kein Verhaltenskodex, dem man individuell folgt, keine Haltung von Helden. Solidarität findet vielmehr in Beziehungen statt, sie ist etwas, das sich zwischen uns ereignet. Die eigentliche Lebensatmosphäre der Solidarität, erfahren wir aus dieser Geschichte, bildet nicht die Zweisamkeit von Ich und Du, in der die meisten Ethiken und Moraltheorien beheimatet sind, sondern die Dreisamkeit, Viersamkeit, Vielsamkeit eines ausschweifenderen Zusammenhangs.

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Solidarität erfreut sich heute großer Popularität – im Tagungstitel wie im Demoaufruf – weil sie ein Beziehungsgeschehen ist, das Trennungen überbrücken kann. Sie zielt auf Gleichheit, setzt diese jedoch nicht voraus. Deswegen ist sie eine attraktive Antwort auf die neoliberale Situation der gesellschaftlichen Fragmentierung, der politischen Zerklüftung und sozialen Vereinzelung. Die Aufgabe, diese neoliberale Spaltung zu überwinden, hat sich auch die Berliner Gruppe solA – solidarische Aktion Neukölln –

gesetzt, die in der Nachbarschaft Unterstützung organisiert für Auseinandersetzungen mit dem Chef, der Vermieterin, dem Jobcenter. Wo Mietrecht, Lohnzettel, Eingliederungsverträge vereinzeln, will die solA verbinden. Damit zielt sie darauf, die lähmenden Gefühle von Scham und Schuld zu überwinden und den Stress denjenigen zurückzugeben, die ihn verursachen. Um jedoch eine solidarische Beziehungsweise zu etablieren, die an die Stelle von Vereinzelung wie Hierarchisierung tritt, reicht es nicht, Unterstützung zu organisieren. Wenn auf der einen Seite politische Aktivistinnen stehen und auf der anderen Seite „Betroffene“, von denen die einen den anderen kurzfristig oder dauerhaft helfen, droht die Gefahr der Sozialarbeit mit festen Positionen. Die solA begegnet der Gefahr, lediglich eine etwas emanzipatorischere, aber ehrenamtliche Sozialhilfe anzubieten, mit einer Reihe von Gegenmaßnahmen. Zunächst mit dem Anspruch, keine Stellvertreterinnenpolitik zu betreiben und also keine Probleme anzugehen, von denen niemand der Anwesenden betroffen wäre. Dann mit der Absichtserklärung, die Rollen innerhalb der Gruppe veränderbar zu halten. Zumindest letzteres gestaltet sich schwierig in der Praxis: wer sich in einer akuten Notsituation befindet, wird den Anspruch, nicht nur „passiv Unterstützung anzunehmen“, sondern sich aktiv auf Augenhöhe einzubringen, vielleicht als Überforderung erleben. Die Frage lautet also, ob diejenigen, die Unterstützung erfahren haben, wieder getrennte Wege gehen, wenn sie die Unterstützung nicht mehr brauchen oder ob sie Teil des solidarischen Netzwerkes bleiben. Für solidarische Politik ist diese Frage von weitreichender Bedeutung, sie lässt sich auch für die antirassistische und die internationalistische Arbeit stellen: Können Unterstützte Unterstützerinnen werden?

Eine solidarische Beziehungsweise erschöpft sich nicht in der mechanischen Wahrnehmung geteilter Interessen. Tatsächlich ist es sogar

möglich, Solidarität über getrennte, gar entgegengesetzte Interessen hinweg zu gestalten. In Bremen und Hamburg haben Menschen, die auf Behindertenassistenz angewiesen sind, Genossenschaften gegründet, um sich von der Willkür der Ämter und üblichen Träger zu emanzipieren. Die Genossenschaften stellen Assistent_innen an, die je nach Budget und Stundenlohn für eine bestimmte Zeit Assistenzleistungen verrichten. Der Widerspruch der Interessen bezüglich Höhe des Lohns und Länge der Arbeitszeit lässt sich nicht einfach auflösen. Es ist zu erwarten, dass die Verhandlungen zwischen der Genossenschaft der Assistenzbedürftigen und dem Betriebsrat der Assistenzkräfte eher auf Augenhöhe stattfinden als die üblichen Beziehungen in staatlichen und privaten Pflegesystemen. Darüber hinaus verweist aber das geteilte Interesse daran, das zur Verfügung stehende Budget zu erhöhen, auf die Bedingungen unter denen Care-Beziehungen hier wie dort stattfinden. Ein solidarischer Umgang mit den widersprüchlichen Interessen löst die bestehenden Spannungen nicht einfach auf, er legt vielmehr die Frage nahe, ob nicht auch die ökonomischen Fernbeziehungen geändert werden müssten, um einen solidarischen Umgang in der Nähe zu ermöglichen. Das ist die Frage nach einer anti-kapitalistischen Care-Revolution.

Solidarität ist revolutionär

Solidarität ist kein bloßes Mittel, zu dem wir greifen, weil wir gemeinsam nun mal stärker sind. Sie ist kein Instrument, dessen wir uns bedienen, um unsere individuellen Interessen durchzusetzen und das wir wieder vergessen könnten, sobald wir unsere Absichten verwirklicht haben. Sie ist aber auch keine Utopie, die in weiter Ferne liegt. Solidarität ist nicht einfach ein Ziel, das wir auf eine Fahne oder in ein Programm schreiben könnten, um es dort zu vergessen. In diesem Sinne braucht eine solidari-

sche Beziehungsweise nicht die ungleichen Ausgangssituationen der durch sie Verbundenen zu leugnen, aber sie kann diese Ungleichheit auch nicht als gegebene und bleibende hinnehmen. Als Subcomandante Marcos ein Honorar von 600 US-Dollar, das er für ein Interview erhalten hatte, an die streikenden Arbeiterinnen von Turin spendete, schuf er damit auch eine Erzählung, die sich rasch verbreitete. Die Erzählung handelt von der Komplexität globaler Machtverhältnisse, in der ein mexikanischer Intellektueller besseren Zugang zu Ressourcen haben kann als ein italienischer Beschäftigter bei Fiat. Sie ist zugleich eine Erzählung von Solidarität, in der die Akteurinnen ihre zugewiesenen Plätze verlassen. Die, die Hilfe erhalten, maßen sich an, selbst zu helfen. Etwas ähnliches geschah während des Arabischen Frühlings als Demonstrierende in Ägypten sich auf Plakaten mit den streikenden Arbeiterinnen Wisconsin solidarisierten, deren Kämpfe selbst wiederum von den Aufständen in Nordafrika und Südeuropa inspiriert waren. Diese Gesten der Ermächtigung erinnern uns daran, dass Solidarität keine karitative Beziehungsweise ist. Sie verträgt sich nicht mit der hierarchischen Einseitigkeit des Paternalismus. Solidarität ist in Vergangenheit und Gegenwart eine bereits machbare Erfahrung. Sie ist zugleich ein Verlangen danach, alle Verhältnisse umzustürzen, die ein solidarisches Leben für alle verunmöglichen.



Bini Adamczak (Berlin) arbeitet hauptsächlich als Autorin und Künstlerin. Ihr Buch „Communism for Kids“ löste 2017 in den USA einen rechten Shitstorm aus. Zuletzt erschienen „Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman“ und „Beziehungsweise Revolution“.

medico aktiv

Es geht auch anders

Der utopische Raum: neue Debat-
tenreihe der medico-Stiftung



Ilija Trojanow und Harald Welzer bei der Auftaktveranstaltung des Utopischen Raums.

Der Auftakt ließ den konkreten Raum bersten: Fast 200 Teilnehmer*innen drängten sich Ende September 2019 im medico-Haus, um beim Start der Debattenreihe „Der utopische Raum“ der stiftung medico international dabei zu sein. In Theorie, Politik und Kunst suchte die zweitägige Veranstaltung nach Wegen zu einer anderen Globalität. Von ökologischem Grundeinkommen über Fridays-for-Future bis zu einem multilateralen Abkommen, das den Vorrang von Menschenrechten vor Profiten gewährleistet: Alle Beiträge atmeten den Geist des Utopischen. Damit folgten sie dem, was Thomas Gebauer, Sprecher der Stiftung, unter Rückgriff auf Paul Parin zu Beginn formuliert hatte: „Wenn es gelingt zu zeigen, dass es auch anders geht, ist schon viel gewonnen.“ Im Oktober sprach die Journalistin Charlotte Wiedemann über den „langen Abschied von der weißen Dominanz“, im November ging es um eine globale Bürgerversicherung, im Dezember werden Konzepte solidarischer Lebensweisen vorgestellt. Immer eingedenk dessen, dass das Utopische nicht das ist, was nicht ist, sondern das, was werden kann.

www.stiftung-medico.de/der-utopische-raum



Foto: Gordon Welters
Kann es eine „freiwillige“ Rückkehr nach Afghanistan oder Syrien geben?

Um welchen Preis?

Fachtagung zu [un]freiwilliger Rückkehr

„Rückkehrdruck erhöht das Ohnmachtsgefühl und das Ausgeliefertsein. Das führt oft zu verhängnisvollen Entscheidungen“, sagte Elise Bittenbitter, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF), auf dem Fachtag „Rückkehr um jeden Preis?“ in Berlin. Organisiert von medico mit Brot für die Welt, Pro Asyl und der Heinrich-Böll-Stiftung beleuchtete die Tagung die Auswirkungen der verstärkten Rückkehrförderung, die immer wieder auch aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird. Neben der veränderten Beratungspraxis hierzulande ging es vor allem um die schwierige Situation nach einer unfreiwilligen oder „freiwilligen“ Rückkehr, sei es in Afghanistan, Syrien, Nigeria oder im Kosovo. Rückgeführt werden Geflüchtete inzwischen auch aus Internierungslagern in Libyen. Dies wird als Schutzmaßnahme vor den nachgewiesenen massiven Menschenrechtsverletzungen in den Lagern legitimiert. Oder ist es doch Element eines vorgelagerten Grenzschutzes, der Flucht und Migration nach Europa verhindert? Die ausgebuchte Tagung und so angeregte wie kontroverse Diskussionen – auch mit Verantwortlichen aus BMZ und BMI – haben gezeigt, dass das Thema reichlich Konfliktstoff birgt.

Realität Neoapartheid

Konferenz Afrika neu denken:
Kämpfe von globaler Relevanz

Seit den ersten freien Wahlen und der Präsidentschaft Nelson Mandelas ist Südafrika Sinnbild für gesellschaftliche Vielfalt und demokratische Transition. Zugleich herrschen in dem Land 25 Jahre nach dem offiziellen Ende der Apartheid mit die größten sozialen Ungleichheiten weltweit. „Die Apartheid ist tot, lang lebe die Neoapartheid“, beschrieb Tshepo Madlingozi die Situation auf der von medico mitveranstalteten Konferenz „Afrika neu denken“ in Frankfurt am Main. Die These des Juristen und Aktivisten, der in Südafrika für die Entschädigung der Apartheidüberlebenden gekämpft hat: Die vorsätzliche Ignoranz gegenüber den Widersprüchlichkeiten in der südafrikanischen Gesellschaft verhindert politische Auseinandersetzungen über die Landfrage und die Verteilung des gesellschaftlichen Zugangs und Reichtums. Europa ist darin unmittelbar verstrickt, die einstigen Verwicklungen von Banken gerade aus Deutschland als Kreditgeber für das Regime setzen sich heute fort in Wirtschaftsbeziehungen, die weiterhin von einer rassistischen und kolonialen Logik durchzogen sind. In diesem Spannungsfeld bewegen sich die neuen sozialen Bewegungen von #mustfall, die ausgehend von Protesten an den Universitäten für die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte, für einen ungeschönten Blick auf das vergangene und heutige Südafrika eintreten. Die Aktivist*innen analysieren die heutigen Krisen radikaler Entmenschlichung durch Ausschluss und „soziale Unsichtbarkeit“ und verknüpfen dies mit der Forderung nach umfassendem gesellschaftlichem Wandel. Auf der Konferenz wurde spürbar: Die heutigen postkolonialen Kämpfe in Südafrika sind von globaler Relevanz.



1

NEU: Aufsteller für Flyer



2



5



3



6



4



7

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund*innen, Bekannte und Kolleg*innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner*innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier: www.medico.de/material

1 Hallo wie geht's ... eigentlich dem Rest der Welt? – Der neue medico-Flyer informiert kurz und knapp über die Arbeit von medico international, von der Projektförderung über Partner*innen bis zur politischen Aufklärungs- und Kampagnenarbeit: Mit Haltung. In Solidarität. Für Veränderung. Gerne liefern wir bei größeren Stückzahlen auch einen Aufsteller aus Karton mit, mit dem die Flyer gut präsentiert werden können. Damit sie ihren Weg zu all den Menschen finden, die medico unbedingt kennenlernen sollten! Ganz einfach bestellen – per Email an info@medico.de oder per Telefon (069) 94438-0

2 medico-Jahresbericht 2018 – [44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

4 Europa ist Exportweltmeister – 12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

5 Warum Menschen fliehen – [32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

6 medico-Rundschreiben 04/19 – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund*innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

Ich bestelle:

- _____ medico-Flyer mit Aufsteller
 _____ medico-Jahresbericht 2018
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ Broschüre: Europa ist Exportweltmeister
 _____ Broschüre: Warum Menschen fliehen
 _____ medico-rundschreiben 04-19
 _____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte senden an:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 oder faxen an (069) 43 60 02

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28,
Email: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44,
Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**



JETZT MEDICO- FÖRDERMITGLIED WERDEN!

Die ersten 150
neuen Fördermitglieder
erhalten auf Wunsch einen
Rojava-Fotokalender. Förder-
mitgliedschaft plus Kalender –
auch als Geschenk möglich!

www.medico.de

Foto: Mark Mühlhaus / attenzione



medico international